



BADEN-WÜRTTEMBERG **LEBEN**

Entwurf des Regierungsprogramms
der SPD Baden-Württemberg
2016 – 2021

1	Inhalt	
2	Baden-Württemberg leben	5
3	Starke Wirtschaft – Gute Arbeit	6
4	Guter Lohn für gute Arbeit	7
5	Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung	7
6	Gleiche Chancen für Frauen und Männer	7
7	Inklusion verwirklichen	8
8	Industrielle Produktion erhalten – Beschäftigung sichern.....	8
9	Handwerk und Mittelstand stärken	9
10	Industrie 4.0 – Auf dem Weg zum smarten Standort.....	9
11	Digitale Infrastruktur ausbauen	10
12	Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten gestalten	10
13	Gute Arbeit im Dienstleistungssektor stärkt unseren Standort	10
14	Tüftler und Denker fördern – Unternehmertum ermöglichen	11
15	Wirtschaftsnahe Forschung stärken.....	12
16	Kreativwirtschaft fördern und Medien stärken.....	12
17	Gastronomie und Tourismus stärken.....	13
18	Arbeitsschutz stärken.....	13
19	Fachkräfte sichern	14
20	Gemeinsam für die berufliche Bildung	14
21	Berufliche Schulen stärken	14
22	Übergang von der Schule in den Beruf verbessern	15
23	Für die betriebliche Ausbildung werben	15
24	Ausbildung für alle und bis zum Abschluss	16
25	Potentiale der Vielfalt heben.....	16
26	Mehr Frauen für MINT-Berufe begeistern.....	16
27	Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen.....	16
28	Bildung, die allen gerecht wird	17
29	Frühkindliche Bildung ausbauen	18
30	Verlässliche Ganztagsangebote schaffen	18
31	Grundschule.....	19
32	Schulstrukturen den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen	19
33	Weiterführende Schulen.....	20

34	Medienbildung.....	21
35	Privatschulen.....	21
36	Gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen.....	21
37	Gute Lehrerinnen und Lehrer legen den Grundstein	22
38	Schule als Ort der Toleranz und Vielfalt.....	22
39	Beste Bildung für alle	23
40	Inklusion verwirklichen.....	23
41	Gebührenfreies Studium	23
42	Zeit für Familie	23
43	Verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder.....	24
44	Familien finanziell unterstützen: Kita- und Kindergartengebühren abschaffen	24
45	Eltern unterstützen – Zeit für Familie schaffen	25
46	Familie geht uns alle an	25
47	Ehe für alle.....	25
48	Gesund und lange leben in Baden-Württemberg.....	26
49	Medizinische Versorgung sicherstellen.....	26
50	Gute Krankenhäuser	27
51	Gute Pflege.....	27
52	Gut und gemeinsam leben in Baden-Württemberg	28
53	Bezahlbares Wohnen	28
54	Lebensräume gestalten – Quartiere aufwerten.....	29
55	Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum.....	30
56	Ehrenamt unterstützen	30
57	Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt bekämpfen.....	31
58	Inklusion verwirklichen.....	31
59	Kinder und Jugendliche stärken.....	32
60	Sportland Baden-Württemberg	33
61	Kunst und Kultur für alle	33
62	Exzellente Forschung und Studium	34
63	Studieren in Baden-Württemberg.....	34
64	Gerechter Hochschulzugang – Öffnung der Hochschulen.....	35
65	Gute Arbeit an den Hochschulen	36
66	Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs.....	37
67	Verlässliche Finanzierung.....	37
68	Spitze in der Forschung – anwendungs- und innovationsorientiert.....	38

69	Hochschule 4.0 – Digitalisierung der Lehre	38
70	Solide Finanzen	39
71	Solide Haushaltspolitik fortsetzen.....	39
72	Steuergerechtigkeit verwirklichen.....	39
73	Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung	40
74	Integration gestalten	40
75	Integrationspolitik aus einer Hand	40
76	Kommunale Integrationsstrukturen stärken	41
77	Als Land Vorbild sein	41
78	Den Islam als Teil unserer religiösen Vielfalt anerkennen	41
79	Motor der Integrationspolitik auf Bundesebene	42
80	Flucht und Asyl – human handeln	42
81	Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung	42
82	Integration und Teilhabe	43
83	Transparente Arbeitsmigration ermöglichen.....	44
84	Starkes Gemeinwesen und gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	44
85	Weltoffen im Herzen Europas	44
86	Gemeinsam für Europa – Europa der Regionen	45
87	Auf gute Nachbarschaft.....	45
88	Mehr Fördermittel für Baden-Württemberg	45
89	Freihandelsabkommen transparent und fair gestalten	45
90	Entwicklungszusammenarbeit stärken.....	46
91	Baden-Württemberg: sicher und gerecht.....	46
92	Sicher in Baden-Württemberg – Polizeiarbeit stärken	47
93	Terrorismus effektiv begegnen	48
94	Offensiv gegen Wohnungseinbrüche.....	48
95	Sicher im Netz	48
96	Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen	49
97	Öffentlicher Dienst: Rückgrat unseres Staates.....	49
98	Justiz ist eine staatliche Aufgabe.....	50
99	Eine moderne und soziale Justiz	50
100	Jugendkriminalität verhindern – Jungen Menschen helfen	50
101	Verbesserungen im Strafvollzug.....	51
102	Beteiligung leben	51
103	Mehr Demokratie wagen.....	51

104	Moderne Verwaltung.....	52
105	Mobilitätsland Baden-Württemberg.....	52
106	Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur.....	52
107	Mehr Busse und Bahnen.....	53
108	Modernisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur.....	53
109	Radverkehr.....	54
110	Güter von der Straße auf die Schiene und auf's Schiff.....	54
111	Flughäfen.....	54
112	Innovation und Klimaschutz durch saubere Energien.....	54
113	Erneuerbare Energien ausbauen.....	54
114	Versorgungssicherheit gewährleisten und Energie bezahlbar halten.....	55
115	Den Klimaschutz weiter voranbringen.....	55
116	Umwelt- und Naturschutz stärken.....	55
117	Landwirtschaft stärken.....	56
118	Verlässlicher Verbraucherschutz.....	56
119	Keine Absenkung von Standards.....	56
120	Leistungsfähige Beratungsinfrastruktur.....	56
121	Keine Gentechnik in Baden-Württemberg.....	57
122	Wirksame Lebens- und Futtermittelüberwachung.....	57
123	Für unser modernes und gerechtes Baden-Württemberg.....	57
124		
125		
126		
127		
128		
129		
130		
131		
132		
133		
134		

135 **Baden-Württemberg leben**

136 Vor fünf Jahren, 2011, haben die Menschen in Baden-Württemberg für einen Politik-
137 wechsel gestimmt. Sie haben den Weg frei gemacht für ein moderneres, ein gerechte-
138 res, ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Sie haben uns ihr Vertrauen geschenkt,
139 auf diesem Weg voran zu gehen.

140 Wir haben Wort gehalten. Wir haben Chancengleichheit zum Prinzip unseres Bildungs-
141 systems gemacht und für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Wir haben nicht nur
142 über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geredet, sondern die Kinderbetreuung
143 massiv ausgebaut, damit Vereinbarkeit auch endlich einfacher wird. Wir haben mit
144 Unternehmen und Sozialpartnern für Innovationskraft und bessere Arbeitsbedingun-
145 gen gesorgt. Denn unser Standort wird nur stark bleiben, wenn es sich für Unterneh-
146 men und Beschäftigte gut schaffen lässt. Und wir haben den Haushalt unseres Landes
147 in Ordnung gebracht – weil es unser Anspruch ist, Politik für kommende Generation
148 statt auf ihre Kosten zu machen.

149 Fünf Jahre nach dem Wechsel steht Baden-Württemberg glänzend da! Die Arbeitslo-
150 sigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 17 Jahren. Unsere Wirtschaft ist in den ver-
151 gangen Jahren stetig gewachsen und hervorragend aufgestellt, die Chancen der Digita-
152 lisierung zu nutzen. Kein Bundesland investiert mehr in Forschung und Entwicklung,
153 keine Region in Europa ist innovativer. Diese Stärke verdankt das Land seinen Bürge-
154 rinnen und Bürgern – und einer Landesregierung, die nach dem Wechsel die richtigen
155 Akzente gesetzt hat. Wir wollen diesen Weg weiter gehen. Dabei vertrauen wir auf die
156 Meinungen der Menschen im Land. Deshalb ist dieses Programm auch aus den Ideen
157 vieler Bürgerinnen und Bürgern entstanden, die wir im Rahmen unseres Baden-
158 Württemberg Dialoges beteiligt haben.

159 Wir stehen für gute Arbeit, faire Löhne und Tariftreue. Gemeinsam mit den Unterneh-
160 men und Beschäftigten stellen wir die Weichen für die Zukunft unseres Wirtschafts-
161 standorts. Es geht uns aber nicht nur um Wachstum, sondern auch um Teilhabe. Alle
162 und vor allem junge Menschen sollen etwas aus ihren Begabungen machen können –
163 unabhängig von Geschlecht, Herkunft und sozialem Hintergrund. Deswegen werden
164 wir die Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg ein-
165 führen.

166 Wir machen mehr Zeit für die Familie möglich, denn die Familie in all ihrer Vielfalt ist
167 das starke Fundament unserer Gesellschaft. Wir schreiben dabei keine Lebensmodelle
168 vor – wir wollen, dass die Menschen ihren individuellen Familienwunsch leben können.
169 Dafür geben wir den Eltern in Baden-Württemberg ein Versprechen: Wir schaffen ver-
170 lässliche Ganztagsangebote für alle Kinder und führen die Ganztagsgarantie ein – vom
171 ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag.

172 Wir werden weiterhin konsequent dafür eintreten, dass Talent und Leistung über den
173 Bildungserfolg entscheiden und nicht Einkommen oder Herkunft der Eltern. Wir garan-
174 tieren Bildung auf hohem Niveau für alle Schülerinnen und Schüler in Baden-
175 Württemberg – in Gemeinschaftsschulen, Realschulen, Gymnasien und den Hochschu-

176 len im Land: Mit zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, mit inklusiven Lernkonzepten
177 und ohne Studiengebühren.

178 Die Landtagswahl fällt in bewegte Zeiten. Zweifellos fordern die steigenden Flücht-
179 lingszahlen Baden-Württemberg, aber sie bergen auch Chancen für unsere Gesell-
180 schaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen die hier Lebenden nicht
181 gegen jene aus, die bei uns Zuflucht suchen. Stattdessen eröffnen wir den Weg zum
182 Spracherwerb, in unser Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt, damit die neu zu
183 uns Kommenden all ihre Potentiale in unserer Gesellschaft entfalten können. Wir
184 schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum, damit alle Menschen in Baden-Württemberg
185 ein bezahlbares Zuhause finden. Für unsere Kommunen – in denen Zusammenhalt
186 vorbildlich gelebt wird – sind wir ein verlässlicher Partner und sorgen dafür, dass Städte
187 und Gemeinden ihre Aufgaben bürgernah erfüllen können. Wir sind die Partei für ge-
188 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

189 Wir leben Baden-Württemberg.

190 **Starke Wirtschaft – Gute Arbeit**

191 Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches und wirtschaftlich starkes Land. „Made in
192 Baden-Württemberg“ ist zu einem weltweiten Qualitätsmerkmal geworden. Unser Ziel
193 ist, dass alle Menschen an dieser Stärke und dem daraus resultierenden Wohlstand
194 teilhaben können. Deswegen ist unser Verständnis von Wirtschaftspolitik ein breites:
195 Wir verbessern die Bedingungen, die Betriebe für wirtschaftlichen Erfolg benötigen.
196 Umsätze und Erträge der Unternehmen kommen nicht von selbst. Sie wurden von den
197 Beschäftigten erwirtschaftet, die ihre Kenntnisse, Qualifikation und Erfahrung einbrin-
198 gen und die deshalb einen Anspruch auf einen fairen Anteil an den Gewinnen haben,
199 die sie erwirtschaften. Erfolgreiche Unternehmen nutzen den Sachverstand ihrer Be-
200 schäftigten und binden sie in Entscheidungsprozesse mit ein. In unserer Regierungszeit
201 haben wir gezeigt: Wirtschaftlicher Erfolg und gute Arbeitsbedingungen gehören zu-
202 sammen. Wirtschaftspolitik ist nur dann erfolgreich, wenn sie dazu beiträgt, gute und
203 sichere Arbeit zu fördern.

204 Die Zahl der Erwerbstätigen liegt auf Rekordniveau und wir haben die geringste Ju-
205 gendarbeitslosigkeit in Europa. Seit 2011 ist unsere Wirtschaft beständig gewachsen
206 und dieser Aufschwung setzt sich auch weiterhin fort. Das liegt auch daran, dass in
207 keiner anderen europäischen Region ein so hoher Anteil der Wirtschaftsleistung in For-
208 schung und Entwicklung investiert wird. In Baden-Württemberg gibt es im Verhältnis
209 zur Bevölkerung die meisten Weltmarktführer. Gleichzeitig haben wir erreicht, dass
210 dieser Aufschwung auch bei den Beschäftigten im Land ankommt. Wir haben Baden-
211 Württemberg zum Musterland für gute Arbeit gemacht. Wir haben faire Löhne durch-
212 gesetzt und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt. Das Tariftreuegesetz und der Min-
213 destlohn sind Ergebnisse unserer Politik.

214 Die Wirtschaftspolitik der SPD setzt auf den Dialog: Wir haben zahlreiche Bündnisse
215 und Allianzen ins Leben gerufen, die sich mit wichtigen Zukunftsfragen unserer Wirt-
216 schaft beschäftigen. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Beschäftigten dabei

217 nicht vergessen, sondern einbezogen werden. Gewerkschaften arbeiten daher gleich-
218 berechtigt mit den Vertretern der Unternehmen und den Wirtschaftskammern zu-
219 sammen. Deshalb wird die SPD in Regierungsverantwortung die Gewerkschaften als
220 wichtigen Partner der Landesregierung weiterhin in ihre Vorhaben einbinden und be-
221 teiligen.

222 **Guter Lohn für gute Arbeit**

223 Wer in Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit leben und an der Gesellschaft teilhaben
224 können. Mit dem neuen Landestariftreue- und Mindestlohngesetz haben wir erreicht,
225 dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Land und die Kommunen nur die
226 Unternehmen Berücksichtigung finden, die ihren Beschäftigten Tarif- oder Mindest-
227 löhne bezahlen. Hiervon profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern vor allem
228 auch mittelständische Betriebe, die dadurch mehr Chancen am Markt erhalten und
229 nicht mehr von Billigkonkurrenz verdrängt werden können. Zudem haben wir maßgeb-
230 lich dazu beigetragen, dass auf Bundesebene endlich ein flächendeckender gesetzlicher
231 Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt wurde und dem Missbrauch von Leih- und Zeit-
232 arbeit sowie Werkverträgen entgegengewirkt.

233 Mit uns wird es keine Aufweichung der Tariftreue- und Mindestlohngesetze geben. Das
234 Mindestentgelt von 8,50 Euro des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes werden wir
235 unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Land in re-
236 gelmäßigen Abständen überprüfen und anpassen. Auch stehen wir dazu, dass der Min-
237 destlohn für alle Menschen im Land gilt. Ausnahmen für Flüchtlinge lehnen wir ent-
238 schieden ab. Mit der SPD wird es keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse in Ba-
239 den-Württemberg geben.

240 **Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung**

241 Mit der SPD in Regierungsverantwortung hat sich der Arbeitsmarkt in Baden-
242 Württemberg hervorragend entwickelt. Um aber auch diejenigen zu unterstützen, die
243 nicht von dieser positiven Entwicklung profitieren konnten, haben wir das „Landespro-
244 gramm für gute und sichere Arbeit“ auf den Weg gebracht. Das Programm fördert un-
245 abhängige Beratungszentren und unterstützt insbesondere Langzeitarbeitslose, Allein-
246 erziehende, Jugendliche, Ältere sowie Migrantinnen und Migranten dabei, auf dem
247 Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Über 10.000 Menschen wurde so bereits der Schritt in eine
248 Ausbildung oder auf den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese erfolgreiche Arbeits-
249 marktpolitik werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen und hierfür
250 erneut ein Landesarbeitsmarktprogramm auflegen.

251 **Gleiche Chancen für Frauen und Männer**

252 Noch immer werden Frauen oft schlechter entlohnt als ihre männlichen Kollegen und
253 bei Beförderungen übergangen. So betragen die Verdienstunterschiede bei gleicher
254 Qualifikation und Erfahrung in Deutschland bis zu 8 Prozent zum Nachteil der Frauen.
255 Wir treten für gleiche Chancen für Frauen und Männer ein. Deshalb geht das Land als
256 einer der größten Arbeitgeber in Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voran. Mit
257 dem neuen Chancengleichheitsgesetz schaffen wir Gleichstellung im öffentlichen
258 Dienst und bringen mehr Frauen in Führungspositionen. Darüber hinaus verpflichten

259 wir jede personalverwaltende Dienststelle mit 50 oder mehr Beschäftigten, ihre Maß-
260 nahmen zur Erhöhung der Frauenanteile bis hin zu paritätischer Besetzung auf allen
261 Ebenen in einem Chancengleichheitsplan festzulegen. In Stadt- und Landkreisen sowie
262 Städten ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wird es künftig hauptamtliche
263 Chancengleichheitsbeauftragte geben. Im Bund haben wir uns erfolgreich für mehr
264 Entgeltgleichheit eingesetzt.

265 Wir werden auch in Zukunft für die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen
266 Lebensbereichen eintreten. Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode ins-
267 besondere die klassischen Frauenberufe attraktiver machen und auch hier Aufstiegs-
268 chancen durch Qualifizierung und die Entstehung neuer Berufsbilder ermöglichen. Die
269 Schaffung von Entgeltgleichheit werden wir als Ziel in die Landesverfassung aufneh-
270 men und uns dafür einsetzen, dass Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten zu-
271 künftig ihre Aktivitäten zur Sicherung von Entgeltgleichheit offenlegen müssen. Weiter
272 werden wir hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte auch in großen Kreisstädten
273 verbindlich einführen.

274 **Inklusion verwirklichen**

275 Arbeit ist eine wesentliche Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Das gilt insbeson-
276 dere auch für Menschen mit Behinderung. Deshalb haben wir mit der „Initiative Inklus-
277 sion“ mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen geschaf-
278 fen und damit Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention über das Recht auf Ar-
279 beit für Menschen mit Behinderungen umgesetzt. Durch intensive Kooperation von
280 Land, Integrationsamt und Agentur für Arbeit haben wir die Vermittlung von schwer-
281 behinderten Menschen in den Arbeitsmarkt verbessert. Auch als Land gehen wir mit
282 gutem Beispiel voran. Mehr als fünf Prozent der Beschäftigten in der Landesverwaltung
283 sind Menschen mit Behinderung.

284 Für junge Menschen mit Einschränkungen werden wir ein flächendeckendes System
285 des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben aufbauen. Dabei wollen wir die Ausbil-
286 dungswege gemeinsam mit den Tarifpartnern beispielsweise durch Teilqualifizierungs-
287 , Paten- und Unterstützermodele konsequent weiterentwickeln. Wir werden Behinder-
288 tenwerkstätten als Schutzräume erhalten und gleichzeitig die Durchlässigkeit auf den
289 allgemeinen Arbeitsmarkt erhöhen. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das
290 Land weiter Vorbild für die Integration von Menschen mit Behinderungen bleibt. Unser
291 Ziel ist es, den Anteil der Beschäftigten mit Behinderungen in der Landesverwaltung
292 deutlich zu erhöhen.

293 **Industrielle Produktion erhalten – Beschäftigung sichern**

294 Baden-Württemberg ist die industrielle Herzkammer Deutschlands und eines der wich-
295 tigsten Industriezentren Europas. Die Industrie sorgt für Wohlstand, Beschäftigung und
296 reduziert die Krisenanfälligkeit unseres Standorts. Mit einer dialogorientierten Wirt-
297 schaftspolitik setzt Baden-Württemberg über die Grenzen des Landes hinaus Maßstäbe
298 für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik. Diese ist gekennzeichnet von hoher
299 Wertschätzung für die Industrie und der dort Beschäftigten, Offenheit für industrielle
300 Belange, Technologie- und Innovationsfreundlichkeit, Kooperationsbereitschaft und

301 wechselseitigem Vertrauen. Im Dialog mit Industrie, Gewerkschaften und Verbänden
302 haben wir die „Industrieperspektive 2025“ erarbeitet, die die weitere Entwicklung unse-
303 res Industriestandorts in zentralen Handlungsfeldern definiert. In der kommenden Le-
304 gislaturperiode werden wir die „Industrieperspektive 2025“ konsequent umsetzen. Da-
305 rüber hinaus werden wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung
306 und für mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Industrie entwickeln.

307 **Handwerk und Mittelstand stärken**

308 Der Mittelstand mit seinen vielen Weltmarktführern und „Hidden Champions“ ist das
309 Markenzeichen der baden-württembergischen Wirtschaft. Er schafft Arbeitsplätze, wo
310 Großunternehmen sie oftmals abbauen. Das Handwerk ist der wichtigste Ausbildungs-
311 träger der Wirtschaft und qualifiziert einen großen Teil der Nachwuchskräfte für die
312 Industrie. Deshalb haben wir Handwerk und Mittelstand ins Zentrum unserer Wirt-
313 schaftsförderung gestellt und die Förderprogramme des Landes entsprechend ausge-
314 richtet. Mit dem „Beauftragten des Landes für Mittelstand und Handwerk“ haben wir
315 einen direkten Ansprechpartner für die Unternehmen geschaffen und einen Mittels-
316 tandsbeirat eingerichtet. Auf europäischer Ebene haben wir uns nachhaltig für den Er-
317 halt des Meisterbriefes eingesetzt.

318 Die SPD wird den Mittelstand auch künftig in den Mittelpunkt der Wirtschaftsförde-
319 rung stellen. Die Marke „Handwerk aus Baden-Württemberg“ werden wir gemeinsam
320 mit den Verbänden und Unternehmen verstärkt auch international als Qualitätsmerk-
321 mal etablieren und Handwerksbetriebe beim Schritt zum Exportbetrieb unterstützen –
322 denn Handwerksqualität aus Baden-Württemberg ist weltweit gefragt. Auf europäi-
323 scher Ebene werden wir uns weiterhin für den Erhalt des Meisterbriefes und gegen
324 weitere Aufweichungen qualitätssichernder Maßnahmen im Handwerk einsetzen.

325 Mit dem Wunsch nach besseren Verdienstaussichten verbunden entscheiden sich viele
326 junge Menschen vermehrt für ein Studium. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit von be-
327 ruflicher und akademischer Ausbildung. Deshalb wollen wir den Weg, über die Ausbil-
328 dung einen Meisterabschluss zu erlangen, künftig attraktiver gestalten. Dafür werden
329 wir die teils hohen Gebühren bei der Meisterausbildung gemeinsam mit den Betrieben
330 absenken. Darüber hinaus wollen die Förderkonditionen des Meister-BAföG weiter ver-
331 bessern und hierzu einen Meister-Bonus nach dem erfolgreichen Abschluss einführen.

332 **Industrie 4.0 – Auf dem Weg zum smarten Standort**

333 Wir erleben derzeit eine zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft, die als „Industrie
334 4.0“ bezeichnet wird und zu rapiden Innovationsprozessen führt. Hierdurch ändern sich
335 die Produktion und die Abläufe in den Unternehmen, bestehende Geschäftsmodelle
336 werden in Frage gestellt. Wir begreifen die Industrie 4.0 als Chance, Produktion und
337 Beschäftigung im Land zu sichern und unseren Vorsprung im internationalen Stand-
338 ortwettbewerb auszubauen. Damit Baden-Württemberg hier Vorreiter bleibt, haben
339 wir die „Allianz Industrie 4.0“ gegründet. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden
340 und Gewerkschaften bündeln wir das vorhandene Know-how im Land und entwickeln
341 gemeinsam Projekte zur Umsetzung und Stärkung der Industrie 4.0 in Baden-
342 Württemberg. Gleichzeitig haben wir die Mittel für wirtschaftsnahe Forschungsprojek-

343 te im Themenfeld Industrie 4.0 und die Förderung des Kommunikations- und Informa-
344 tionstechnologie Standortes Baden-Württemberg deutlich erhöht.

345 Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg an der Spitze der Industrie 4.0 zu halten und un-
346 seren Standortvorteil weiter auszubauen. Die „Allianz Industrie 4.0“ werden wir ge-
347 meinsam mit den Kammern in den Regionen, Partnern aus der Wirtschaft und den Ge-
348 werkschaften weiterentwickeln. Wir werden die Forschung und den Technologietrans-
349 fer in kleine und mittlere Unternehmen stärken und die Digitalisierung in Dienstleis-
350 tungen und Handwerk fördern. Auch neue Geschäftsmodelle, insbesondere im Bereich
351 der „Shared Economy“, werden wir mit Blick für deren Verbrauchernutzen und wirt-
352 schaftliches Potential begleiten. Um Fach- und Nachwuchskräfte auf die Anforderun-
353 gen der Industrie 4.0 vorzubereiten, fördern wir 2016 die Einrichtung von fünfzehn
354 „Lernfabriken 4.0“ an beruflichen Schulen im ganzen Land. Damit gewährleisten wir
355 praxisnahe Lernumgebungen und schaffen es gleichzeitig, dass auch kleine und middle-
356 re Betriebe die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Dies wollen wir fortsetzen.

357 **Digitale Infrastruktur ausbauen**

358 Mit der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft muss auch die digitale Infrastruk-
359 tur im Land ausgebaut werden. Denn insbesondere für Unternehmen im ländlichen
360 Raum ist die Breitbandversorgung ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb haben
361 wir die digitale Infrastruktur im Land erweitert und Baden-Württemberg beim Ausbau
362 des schnellen Internet mit an die Spitze der Flächenländer geführt. So stellen wir sicher,
363 dass auch Unternehmen in der Fläche die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

364 Damit ganz Baden-Württemberg von der Digitalisierung profitieren kann, werden wir
365 unsere Breitbandoffensive fortführen und die örtliche Breitbandversorgung in den Ka-
366 talog der kommunalen Daseinsvorsorge aufnehmen. Weiter werden wir die Kommu-
367 nen durch Änderungen im Haftungsrecht dabei unterstützen, offenes W-LAN umzuset-
368 zen.

369 **Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten gestalten**

370 Die Digitalisierung bietet viele Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
371 oder neue Formen des altersgerechten Arbeitens. Durch die Verflechtung von Arbeits-
372 zeit und Freizeit birgt sie neben allen Chancen aber auch große Herausforderungen. So
373 können unkontrollierte Datensammlungen, Mitarbeiterüberwachung und ständige
374 Erreichbarkeit gravierende Folgen haben. Flexibilität braucht klare Regeln. Wir nehmen
375 die Veränderungen der Arbeitswelt durch die zunehmende Digitalisierung auf und ge-
376 gestalten sie zum Wohle der Menschen. Das bedeutet, im Dialog mit allen Beteiligten der
377 Arbeitswelt, die Regeln für die Gestaltung und Erfassung der Arbeitszeit anzupassen,
378 neue Modelle der Qualifizierung in Aus- und Weiterbildung zu erproben und gute Ar-
379beitsbedingungen für alle Beschäftigten durchzusetzen. So nutzen wir die Chancen für
380 eine gute Entwicklung der Arbeitswelt von morgen.

381 **Gute Arbeit im Dienstleistungssektor stärkt unseren Standort**

382 Der Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg trägt mit 60 Prozent zur Wertschöp-
383 fung und mit 67 Prozent zur Beschäftigung im Land bei. Im Gesundheitswesen, im
384 Handel, in Kitas, in sozialen Einrichtungen und in vielen weiteren öffentlichen und pri-

385 vaten Dienstleistungsbereichen arbeiten täglich Millionen Arbeitnehmerinnen und
386 Arbeitnehmer oft direkt für und mit den Menschen im Land. Damit gute Arbeit auch im
387 Dienstleistungsbereich selbstverständlich wird, tritt die SPD für die Weiterentwicklung
388 des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes und die Verbesserung der Arbeitsbedingun-
389 gen auch überall dort ein, wo der Staat selbst Arbeitgeber ist: Befristungen dürfen nur
390 eine begründete Ausnahme sein, insbesondere die Berufe im sozialen Bereich müssen
391 aufgewertet werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für gute Dienstleistungen
392 schaffen. Mit Blick auf den wichtigen Einzelhandel wollen wir daher das Ladenöff-
393 nungsgesetz hinsichtlich dessen Nutzens auf die Vielfalt des Handels, auf die Beschäf-
394 tigten und die Gesellschaft evaluieren.

395 Auch im Dienstleistungssektor eröffnen Digitalisierung und Vernetzung große Chancen
396 für Wachstum und Innovation. Bereits heute ist die digitale Durchdringung vieler
397 Dienstleistungsbranchen weit vorangeschritten, etwa in der Telekommunikation, bei
398 den IT-Services, in der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei Banken und Versicherungen
399 und in der Logistik. Das eröffnet innovative Geschäftsmodelle einerseits, andererseits
400 geraten etablierte Anbieter, beispielsweise in der Musik- und Medienbranche, im Ver-
401 sandhandel oder im Transport- und Hotelgewerbe, unter erheblichen Druck.

402 Wir werden in Regierungsverantwortung weiterhin dafür sorgen, dass ein starker
403 Dienstleistungssektor auch künftig Stütze für Wertschöpfung und Beschäftigung in
404 Baden-Württemberg bleibt. Dafür werden wir die Unternehmen im Land bei der An-
405 passung an den digitalen Wandel unterstützen, die sich gemeinsam mit ihren Beschäf-
406 tigten den Herausforderungen stellen und sich und ihre Belegschaften fit machen für
407 die Arbeit der Zukunft. Dabei wollen wir auch die sogenannten hybriden Dienstleistun-
408 gen, also innovative Verknüpfungen von Produkt und Dienstleistungen stärken.

409 Auch die Regional- und Strukturförderung muss der gewachsenen Bedeutung des
410 Dienstleistungssektors Rechnung tragen und durch gezielte regionale Strukturförde-
411 rungspolitik die Bildung von Dienstleistungsnetzwerken fördern. Neue Herausforde-
412 rungen, wie sie etwa mit der Digitalisierung, dem demografischen Wandel oder der
413 Integration von Flüchtlingen verbunden sind, erfordern die Suche nach neuen Lösun-
414 gen und müssen durch entsprechende Forschung unterstützt werden. Deshalb werden
415 wir den Ausbau der Dienstleistungsforschung unterstützen.

416 **Tüftler und Denker fördern – Unternehmertum ermöglichen**

417 Die vielen Start-up-Unternehmen in Baden-Württemberg entwickeln neue Ideen, er-
418 finden bestehende Branchen neu, stärken die Innovationskraft unseres Standorts und
419 schaffen Arbeitsplätze. Damit aus den „Einpersonener Unternehmen“ von heute die
420 Weltmarktführer von morgen werden, haben wir eine Gründungsinitiative für Baden-
421 Württemberg gestartet und beleben den Ruf des Gründerlandes Baden-Württemberg
422 neu. Wir haben den Zugang zu einer fundierten Existenzgründerberatung vereinfacht
423 und unterstützen junge, innovative Unternehmen bei Forschung- und Entwicklung mit
424 neuen Innovationsgutscheinen. Wir haben die landesweite Wettbewerbsreihe „Eleva-
425 tor Pitch BW“ initiiert, die Gründerinnen und Gründern eine attraktive Plattform bietet,
426 um ihre Geschäftsideen einem breiten Publikum zu präsentieren. Gemeinsam mit

427 Partnern aus der Wirtschaft haben wir den Wagniskapitalfonds „VC Fonds Baden-
428 Württemberg“ aufgelegt und unterstützen Unternehmen bei der Finanzierung. Mit
429 „gruendung-bw.de“ haben wir eine neue Plattform geschaffen, um die Gründerszene
430 im Land weiter zu vernetzen. Unsere Politik zeigt Erfolg: Bei der „Überlebensquote“ und
431 der Beschäftigungswirksamkeit von Start-ups belegt Baden-Württemberg mittlerweile
432 bundesweit einen Spitzenplatz.

433 Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die Gründungsoffensive ausbauen. Neben den
434 Gründungen von Start-ups werden wir den Fokus auch auf Ausgründungen aus Unter-
435 nehmen legen und damit den Mittelstand weiter stärken. Damit verfolgen wir das Ziel,
436 dass gute Ideen, die in den Unternehmen, in denen sie entwickelt wurden, nicht ver-
437 wirklicht werden können, nicht verloren gehen. Gemeinsam mit der L-Bank werden wir
438 eine Wagniskapitelstrategie entwickeln, um Unternehmen im Land vor allem in der
439 Wachstumsphase noch stärker zu unterstützen. Dabei werden wir den erfolgreichen
440 „VC Fonds Baden-Württemberg“ als Teil dieser Wagniskapitalstrategie weiter ausbau-
441 en.

442 **Wirtschaftsnahe Forschung stärken**

443 Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler und Erfinder, der Ingenieure und Indust-
444 riepioniere. Grundlage hierfür ist eine in Deutschland und Europa einzigartige For-
445 schungslandschaft mit führenden Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrich-
446 tungen sowie das Technologietransfersystem aus Instituten, Wirtschaftsorganisatio-
447 nen und Steinbeis-Zentren. Wir haben die Forschungsförderung auf die Wachstumsfel-
448 der nachhaltige Mobilität, Umwelttechnik, Gesundheit, Informations- und Kommuni-
449 kationstechnik fokussiert. Die Grundfinanzierung der zwölf wirtschaftsnahen For-
450 schungsinstitute haben wir auf Festbetragsfinanzierung umgestellt und gewährleisten
451 diesen so eine bessere Planbarkeit. Wir haben eine neue Landesagentur für Leichtbau
452 gegründet und die Landesagentur „Biopro“ auf Gesundheitswirtschaft ausgeweitet.
453 Darüber hinaus haben wir den Technologietransfer forciert, beispielsweise mit der
454 Technologietransferinitiative „innBW“.

455 Gute Ideen brauchen aber auch Nachahmer in der gesamten Wirtschaft. Deswegen
456 setzen wir auf Schaufensterprojekte und gezielte Förderung, damit neue Technologien
457 schneller bekannt und vor allem breiter eingesetzt werden. Die Kooperation der For-
458 schungsinstitute mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden wir in
459 den kommenden fünf Jahren ausweiten und eine Landesinitiative Elektromobilität III
460 auf den Weg bringen. Darüber hinaus werden wir einen Fokus auf die Entwicklung von
461 altersgerechten Assistenzsystemen (Ambient Assisted Living) legen, deren Förderung
462 wir beispielsweise durch Kooperationsmodelle mit öffentlichen Einrichtungen gezielt
463 vorantreiben werden.

464 **Kreativwirtschaft fördern und Medien stärken**

465 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Innovations-
466 motor in Baden-Württemberg. Deswegen haben wir für Kleinstunternehmen sowie
467 Freiberuflerinnen und Freiberufler aus Kultur- und Kreativwirtschaft einen Innovati-
468 onsgutschein eingeführt, der Unternehmen beim Markteintritt unterstützt. Die erfolg-

469 reiche Gutscheinförderung werden wir fortführen und ausbauen. Darüber hinaus wol-
470 len wir uns im Bund für ein zeitgemäßes Urheberrecht einsetzen, das einen besseren
471 Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher und der Industrie schafft. Auch
472 werden wir neue Wege der Filmförderung prüfen.

473 Mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den lokalen und regionalen Rundfunksen-
474 dern sowie den lokalen Tageszeitungen haben wir ein qualitativ hohes publizistisches
475 Angebot, das wir erhalten und sichern wollen.

476 **Gastronomie und Tourismus stärken**

477 Der Tourismus und die Gastronomie sind wichtige Wirtschaftszweige in Baden-
478 Württemberg. Die beiden Branchen haben mehr Beschäftigte als die Automobilindust-
479 rie im Land und sichern vor allem im ländlichen Raum Beschäftigung und Wirtschafts-
480 kraft. Die hohe Qualität und die Arbeit mit regionalen Produkten machen die Gastro-
481 nomie und den Tourismus im Land zu wichtigen Aushängeschildern und Wirtschafts-
482 faktoren unseres Landes. Wir stehen für eine nachhaltige Tourismuspolitik. Deshalb
483 haben wir unsere Tourismusförderung verstärkt auf die Verknüpfung von wirtschaftli-
484 chen, sozialen und ökologischen Aspekten ausgerichtet. Wir haben die Mittel für
485 das Tourismus-Marketing erhöht und mit dem Nationalpark Schwarzwald eine zusätz-
486 liche Attraktion geschaffen. Mit Erfolg: Die Besucherzahlen in Baden-Württemberg
487 steigen.

488 Wir werden den Tourismus im Land auch in Zukunft darauf ausrichten, Soziales, Öko-
489 logie und Ökonomie miteinander zu verbinden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
490 die touristischen Infrastrukturen im Land verstärkt auf die Bedürfnisse von Seniorinnen
491 und Senioren und die besonderen Anforderungen von Menschen mit Behinderungen
492 abgestimmt werden. Mit besseren ÖPNV-Anbindungen, überregional angelegten Bo-
493 nus- und Verbundkarten, sowie flächendeckenden Rad- und Wanderwegen werden wir
494 die Attraktivität unserer touristischen Angebote in Baden-Württemberg weiter stei-
495 gern. Wir behalten die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und Auszubildenden im
496 Blick und werden uns weiter für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Ar-
497beitsverhältnisse einsetzen.

498 **Arbeitsschutz stärken**

499 Beschäftigte haben einen Anspruch auf ein gesundes Arbeitsumfeld und Schutz vor
500 Überlastung. Deshalb haben wir gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und
501 Berufsgenossenschaften ein Bündnis für „Arbeit und Gesundheit in Baden-
502 Württemberg“ geschlossen. Wir haben mehr Beschäftigte für den Arbeitsschutz einge-
503 stellt und beim Landesgesundheitsamt eine Kompetenzstelle „Arbeitsmedizin, Arbeits-
504 psychologie, Gesundheitsmanagement“ geschaffen. Wir werden uns auch künftig da-
505 für einsetzen, dass Beschäftigte, Unternehmen und weitere Partner im Rahmen von
506 kommunalen Gesundheitsdialogen passende Maßnahmen zur betrieblichen Gesund-
507 heitsförderung vor Ort planen und sich an der Umsetzung in der Region beteiligen. Da-
508 rüber hinaus werden wir den technischen und den medizinischen Arbeitsschutz weiter
509 stärken.

510 **Fachkräfte sichern**

511 Die Stärke unseres Standorts verdanken wir vor allem den fähigen Händen und den
512 klugen Köpfen, den Fachkräften in unserem Land, die Tag für Tag Außergewöhnliches
513 leisten. Viele Unternehmen machen sich aber Sorgen, ob sie in wenigen Jahren noch
514 ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden werden. Der dro-
515 hende Fachkräftemangel bewirkt ein Umdenken in vielen Unternehmen. Sie lernen:
516 Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kein Kostenfaktor, sondern Voraussetzung
517 für den wirtschaftlichen Erfolg.

518 Deshalb haben wir die „Fachkräfteallianz“ ins Leben gerufen, um mit den Unterneh-
519 men, Verbänden und Kammern Fachkräfte zu gewinnen und den Menschen im Land
520 die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Gemeinsam stärken wir die berufliche
521 Bildung, verbessern den Übergang von der Schule in den Beruf, ermöglichen lebenslan-
522 ges Lernen und etablieren eine echte Willkommenskultur für ausländische Arbeitneh-
523 merinnen und Arbeitnehmer. So sichern wir Fachkräfte und bauen unseren Spitzen-
524 platz bei der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa weiter aus. Alle jungen Men-
525 schen sollen die Chance erhalten, ihre Begabungen zu entfalten – unabhängig von Ge-
526 schlecht, Herkunft und sozialem Hintergrund. Unser Ziel für die kommende Wahlperi-
527 ode ist eine Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg.

528 **Gemeinsam für die berufliche Bildung**

529 Mit dem von uns ins Leben gerufenen „Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg“
530 wurde die Kooperation des Landes mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden
531 auf neue Füße gestellt. Das Ausbildungsbündnis hat zum Ziel, die Übergänge junger
532 Menschen von der Schule in den Beruf zu gestalten, die Attraktivität und Qualität der
533 Berufsausbildung zu steigern und die betriebliche Ausbildung für die Zukunft weiter zu
534 stärken. Mit dem Ausbildungsbündnis setzen wir die erfolgreiche Zusammenarbeit
535 aller Akteure im Bereich der Ausbildung fort und werden es zukunftsfähig weiterentwi-
536 ckeln. Um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken, haben wir den Aus-
537 bildungsfonds für Pflegeberufe eingeführt. Damit fördern alle Krankenkassen in Baden-
538 Württemberg die Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe. Wir unterstützen weiter
539 die generalistische Ausbildung im Pflegebereich und die Aufwertung der Pflege.

540 **Berufliche Schulen stärken**

541 Die fast 300 beruflichen Schulen im Land leisten einen großen Beitrag für Wirtschaft
542 und Gesellschaft. Dort werden junge Menschen ausgebildet, erreichen eine Berufsqua-
543 lifikation und erhalten die Möglichkeit, höhere allgemeine Schulabschlüsse zu erwer-
544 ben. Inzwischen wird fast jede zweite Hochschulzugangsberechtigung an einer berufli-
545 chen Schule erreicht und fast jedes dritte Abitur an einem beruflichen Gymnasium. Wie
546 keine Landesregierung zuvor haben wir die beruflichen Schulen gestärkt. Wir haben 150
547 weitere Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien geschaffen und das strukturel-
548 le Unterrichtsdefizit auf den bisher niedrigsten Stand gesenkt. Mit der Einführung von
549 Englisch als Pflichtfach in über 160 Schulen sind wir einen wichtigen Schritt im Bereich
550 der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gegangen. Durch die erfolgreiche AZAV-
551 Zertifizierung (Zertifizierung nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Ar-

552 beitsförderung) können nun über 100 berufliche Schulen geförderte Umschülerinnen
553 und Umschüler aufnehmen und für eine Ausbildung gewinnen. Damit verfügt Baden-
554 Württemberg über mehr zertifizierte öffentliche berufliche Schulen als jedes andere
555 Bundesland.

556 Wir werden die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen noch weiter verstär-
557 ken und die Lehrerversorgung verbessern. Dabei werden wir auch zusätzliche Vorberei-
558 tungsklassen für Flüchtlinge – auch mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten
559 – einrichten. Wir werden die regionale Schulentwicklung der beruflichen Schulen in
560 Abstimmung mit Schulträgern und Ausbildungsbetrieben weiter vorantreiben und
561 dort, wo Schülerinnen und Schüler im Blockunterricht beschult werden, die Rahmen-
562 bedingungen deutlich verbessern. Ziel ist eine paritätische Finanzierung, damit Auszu-
563 bildende keine Kosten für ihre Unterbringung zu tragen haben. Als ersten Schritt wer-
564 den wir ab dem Ausbildungsjahr 2016/2017 eine Drittelfinanzierung einführen. An der
565 weiteren Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Fit fürs Leben in der
566 Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, halten wir fest.
567 Ebenso möchten wir die Eigenverantwortung von beruflichen Schulen stärken.

568 **Übergang von der Schule in den Beruf verbessern**

569 Damit mehr Jugendlichen der direkte Einstieg in eine Ausbildung gelingt, haben wir in
570 Modellregionen ein Konzept für die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in
571 den Beruf eingeführt. Der neue Bildungsgang „duale Ausbildungsvorbereitung“ (AV-
572 dual) richtet sich an Jugendliche, die nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule
573 keinen Ausbildungsplatz gefunden und weiteren Förderbedarf haben. Wichtiger Be-
574 standteil sind Betriebspraktika, um den Jugendlichen den Einstieg in eine betriebliche
575 Ausbildung zu erleichtern. Unser Ziel ist es, dieses betriebsorientierte Übergangssys-
576 tem zwischen Schule und Beruf zukünftig landesweit zu etablieren.

577 **Für die betriebliche Ausbildung werben**

578 Um mehr junge Menschen für eine betriebliche Ausbildung zu begeistern, haben wir
579 die Ausbildungskampagne „gut-ausgebildet.de“ initiiert, bei der in Videoclips Berufe
580 online vorgestellt werden. Darüber hinaus werben im Rahmen der Initiative „Ausbil-
581 dungsbotschafter“ speziell geschulte Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungs-
582 botschafter aus 150 Berufen an den Schulen und vermitteln den Jugendlichen die Chan-
583 cen und Vorteile einer betrieblichen Ausbildung aus erster Hand. Mit mehrsprachigen
584 Materialien und Werbemaßnahmen sprechen wir besonders Jugendliche mit Migrati-
585 onshintergrund und deren Eltern an, um gezielt über die „Chance Ausbildung“ zu in-
586 formieren.

587 Diese erfolgreichen Initiativen werden wir zukünftig fortsetzen und weiter ausbauen.
588 Zudem werden wir uns dafür stark machen, dass jungen Menschen, die ihr Studium
589 abbrechen wollen, die Möglichkeiten der betrieblichen Ausbildung als Alternative auf-
590 gezeigt werden. Dazu gehört die Anerkennung von erbrachten Studienleistungen in der
591 betrieblichen Ausbildung.

592 **Ausbildung für alle und bis zum Abschluss**

593 Unser Ziel ist es, dass jeder junge Mensch in Baden-Württemberg die Chance erhält,
594 eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden,
595 haben wir 2012 das Modellprojekt „Abbruch vermeiden – Ausbildung begleiten“ auf
596 den Weg gebracht. Kern ist die sozialpädagogische Begleitung Auszubildender bei in-
597 stabilen Ausbildungsverhältnissen und die Schulung betrieblicher Ausbilderinnen und
598 Ausbilder in Konfliktmanagement. Um die betriebliche Ausbildung besonders für junge
599 Menschen in speziellen Lebenssituationen attraktiver zu machen, haben wir die Mög-
600 lichkeiten für die Teilzeit- und Spätausbildung erweitert. Diese Möglichkeiten werden
601 wir bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus werden wir stufenweise Ausbildungs-
602 modelle als Alternative zur ungelernten Beschäftigung stärken.

603 **Potentiale der Vielfalt heben**

604 Wir haben eine echte Willkommenskultur etabliert, damit Zugewanderte schnell auf
605 unserem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Dafür haben wir die Anerkennung ausländi-
606 scher Berufsabschlüsse verbessert und mit dem Landesankennengesetz endlich
607 einen Rechtsanspruch auf die Prüfung ausländischer Berufsqualifikationen geschaffen.
608 Wir haben ein Netz kostenloser Beratungsstellen aufgebaut und die Zuständigkeiten
609 für Anerkennungsverfahren gebündelt. So stellen wir sicher, dass die Potentiale gut
610 ausgebildeter Migrantinnen und Migranten nicht wie in der Vergangenheit in starren
611 Anerkennungsverfahren verloren gehen. Mit den „Welcome Centern“ haben wir zent-
612 rale Anlaufstellen für internationale Fachkräfte und die Unternehmen im Land geschaf-
613 fen, die nach qualifizierten Arbeitskräften suchen.

614 Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, die Potentiale der Zuwanderung aktiv zu
615 erschließen. Dafür werden wir die Zahl der „Welcome Center“ in Baden-Württemberg
616 bis zum Jahr 2020 verdoppeln. Das Netz kostenloser Beratungsstellen für die berufliche
617 Anerkennung werden wir weiter ausbauen und die zuständigen Stellen bedarfsgerecht
618 verstärken. Auch das Sprachkursangebot für Migrantinnen und Migranten werden wir
619 stärker fördern.

620 **Mehr Frauen für MINT-Berufe begeistern**

621 In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik („MINT“) ist
622 der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt. Um die Innovationskraft unseres Stan-
623 dorts zu erhalten, ist guter Nachwuchs in diesen Bereichen essentiell. Viele Frauen er-
624 erwerben hervorragende schulische Qualifikationen für den MINT-Bereich, ihr Anteil an
625 den entsprechenden Ausbildungs- und Studiengängen ist jedoch zu niedrig. Dadurch
626 gehen unserem Standort wichtige Potentiale verloren. Deshalb haben wir 2011 das
627 Bündnis „Frauen in MINT-Berufen“ erfolgreich etabliert und mehr Frauen für eine Aus-
628 bildung- oder Studium im MINT-Bereich begeistert. Diesen Weg werden wir in der
629 kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

630 **Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen**

631 Wir haben die Weiterbildung im Land gestärkt. Denn nur mit Weiterqualifizierung, An-
632 erkennung von Abschlüssen und Qualifizierungschancen, insbesondere für An- und
633 Ungelernte, werden wir innovativ bleiben und zukunftssichere Arbeitsplätze erhalten.

634 Daher haben wir mit dem Bildungszeitgesetz eine gesetzliche Grundlage und Anreize
635 zur berufsbegleitenden Weiterbildung geschaffen. Viele Beschäftigte haben nun den
636 Anspruch auf eine bezahlte Freistellung zur Weiterbildung und zur Stärkung des Eh-
637 renamtes von fünf Arbeitstagen pro Jahr.

638 Zusammen mit der Wirtschaft und den Bildungsträgern haben wir im Land einen be-
639 ruflichen Weiterbildungsmarkt geschaffen, der auf den Grundsätzen der Träger- und
640 Methodenvielfalt, der Flexibilität und des Wettbewerbs beruht. Dadurch wurde ein
641 innovatives, aktuelles, zielgruppen- und bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot ge-
642 schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Forderung nach „lebensbegleitendem Ler-
643 nen“ auch mit tatsächlichen Angeboten gefüllt wird. Die Einführung der Bildungszeit
644 war dabei nur ein erster Schritt. Unser Ziel ist es, dass Beschäftigte einen Anspruch auf
645 Bildungsteilzeit haben, beispielsweise um neben ihrer Beschäftigung ein berufsbeglei-
646 tendes Studium aufnehmen zu können. Dafür werden wir die Möglichkeit prüfen, die
647 Ansprüche aus der Bildungszeit „anzusparen“ und am Stück für Weiterbildung einzu-
648 setzen. Zukünftig soll die Bildungszeit auch für Auszubildende gelten.

649 Auch haben wir die Zuschüsse für die Weiterbildung jedes Jahr schrittweise erhöht und
650 gegenüber 2011 mehr als verdoppelt und im Kampf gegen Analphabetismus wichtige
651 Akzente gesetzt. Wir werden auch weiterhin die landesseitige Förderung der Volks-
652 hochschulen sowie weiterer Weiterbildungsträger am Bundesschnitt ausrichten.

653 **Bildung, die allen gerecht wird**

654 Kinder sind unsere Zukunft und eine gute Bildung ist das Wichtigste, was wir ihnen mit
655 auf den Weg geben können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Talente und Be-
656 gabungen optimal entfalten und den für sie passenden Bildungsabschluss erlangen
657 können. Trotz einer leistungsstarken und motivierten Lehrerschaft hat unser Schulsys-
658 tem in der Vergangenheit ungerechte Ergebnisse erbracht. Wir haben das Bildungssys-
659 tem in Baden-Württemberg verändert und mehr Chancengleichheit verwirklicht. Ein
660 leistungsorientiertes und gleichzeitig sozial gerechtes Bildungssystem nützt dem Ein-
661 zeln und unserem Land gleichermaßen. Denn unsere Gesellschaft braucht jeden jun-
662 gen Menschen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale optimal
663 entfalten können und so gerechte Chancen auf beruflichen Erfolg, gesellschaftliche
664 Teilhabe und Wohlstand haben.

665 In der vergangenen Legislaturperiode haben wir das baden-württembergische Bil-
666 dungssystem weiterentwickelt, damit die Bildungsgerechtigkeit verbessert und das
667 Leistungsniveau gesichert. Den Kultusetat haben wir in den vergangenen fünf Jahren
668 um 1,4 Milliarden Euro aufgewertet – ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zu 2011.
669 Erstmals in der Geschichte des Landes wird die zehn Milliardenmarke übertroffen. Als
670 Regierungspartei wird die SPD auch weiterhin für Chancengleichheit in unserem Bil-
671 dungssystem eintreten und dafür sorgen, dass sich alle Kinder und Jugendlichen best-
672 möglich entfalten können. Zukünftige finanzielle Spielräume im Landeshaushalt wer-
673 den wir nutzen, um weitere Investitionen im Bildungsbereich zu tätigen. Alle anste-
674 henden bildungspolitischen Maßnahmen werden wir daran messen, ob sie die Chan-
675 cen der jungen Generation verbessern und sichern. Die Mitverantwortung des Bundes

676 für die Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen werden wir konse-
677 quent einfordern.

678 Die richtigen strukturellen Weichenstellungen sind getroffen. Jetzt geht es darum, den
679 eingeschlagenen bildungspolitischen Kurs konsequent fortzusetzen und die Qualität
680 des Bildungssystems weiter zu verbessern.

681 **Frühkindliche Bildung ausbauen**

682 Durch eine frühe Förderung unterstützen wir die kindliche Entwicklung und legen den
683 Grundstein für späteren schulischen Erfolg. Deshalb haben wir die frühkindliche Bil-
684 dung verbessert und die Kita-Plätze ausgebaut. Mit dem Pakt für Familien mit den
685 Kommunen haben wir den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder einen Platz in
686 der Kindertagespflege für Ein- bis Dreijährige umgesetzt. Die Landeszuschüsse für die
687 Kommunen haben wir verdreifacht. So sorgen wir für beste Bildungschancen von An-
688 fang an. Mit Erfolg: Heute besuchen im Südwesten über 50 Prozent mehr unter Drei-
689 jährige eine Kindertageseinrichtung als noch unter der Vorgängerregierung im Jahr
690 2010. Bei der Zahl der Plätze haben wir Baden Württemberg von ganz hinten in die
691 Spitzengruppe aller Bundesländer geführt. Auch mit Blick auf die Qualität des Ange-
692 bots belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Ländervergleich den Spitzenplatz.

693 Wir haben das Konzept der Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit
694 Zusatzbedarf (SPATZ) verbessert und mit mehr Mitteln ausgestattet. So ermöglichen
695 wir kleinere Gruppen, erhöhen die Qualität der Sprachbildung und ermöglichen mehr
696 Zeit für jedes einzelne Kind. In Kitas mit besonders hohem Anteil an Kindern mit Migra-
697 tionshintergrund haben wir die Gruppengröße halbiert. Klar ist: Der Ausbau erhöht
698 auch den Bedarf an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern. Deshalb haben wir mit
699 neuen Konzepten wie beispielweise der praxisintegrierten Ausbildung „PIA“ noch mehr
700 Menschen und vor allem mehr Männer für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers
701 begeistert.

702 Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen. Wir werden den
703 quantitativen wie qualitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung weiter vorantreiben.
704 Der Orientierungsplan muss in den kommenden Jahren stufenweise umgesetzt wer-
705 den. Eine Steigerung des gesellschaftlichen Stellenwerts und die Attraktivität des Be-
706 rufs der Erzieherin und des Erziehers sowie der Kindertagespflege werden wir weiter
707 befördern.

708 **Verlässliche Ganztagsangebote schaffen**

709 Damit die Ganztagsangebote nicht nach der Kita enden, haben wir die Voraussetzun-
710 gen dafür geschaffen, dass sich möglichst viele Grundschulen sowie Grundstufen von
711 Förderschulen zu Ganztagschulen weiterentwickeln können. Ob eine Ganztagschule
712 gewünscht wird, können die Kommunen vor Ort entscheiden. Vor Ort wird auch ent-
713 schieden, ob es eine Ganztagschule in Wahlform oder eine verbindliche sein soll. Den
714 jahrzehntelangen Schulversuch der Vorgängerregierung haben wir beendet und im
715 Einverständnis mit den kommunalen Spitzenverbänden verlässliche Rahmenbedin-
716 gungen geschaffen. Wir stehen für eine rhythmisierte Ganztagschule und betrachten
717 die Einbindung außerschulischer Partner als wichtigen Baustein. An dem erfolgreichen

718 Instrument der Monetarisierung zur Finanzierung qualitativ hochwertiger Kooperati-
719 onsangebote halten wir fest. Ganztagschule organisieren wir ohne zusätzliche Kosten
720 für die Eltern.

721 Die Kinder profitieren sehr von der zusätzlichen Zeit zum Lernen in einem ab-
722 wechslungsreichen Umfeld. Deshalb werden wir den Weg zu flächendeckenden Ganz-
723 tagsangeboten fortsetzen. Unser Ziel ist es, dass sich bis zum Jahr 2023 70 Prozent der
724 Grundschulen zu Ganztagschulen weiterentwickeln. Allen Eltern in Baden-
725 Württemberg geben wir ein Versprechen: Wir schaffen verlässliche Bildungsangebote
726 für alle Kinder – wir führen die Ganztagsgarantie ein, vom ersten Geburtstag bis zum
727 letzten Schultag. So streben wir in den kommenden Jahren auch eine gesetzliche Ver-
728 ankerung der Ganztagschule an allen weiterführenden Schulen an. Wo immer vor Ort
729 Ganztagsangebote gewünscht werden, sollen diese möglich sein.

730 **Grundschule**

731 Die Grundschule ist der Ort, an dem alle Kinder ihre grundlegende Bildung erhalten.
732 Deren Qualität ist für die weitere Bildungsbiografie maßgeblich. Deshalb werden wir
733 die Grundschule in der kommenden Legislaturperiode noch stärker in den Mittelpunkt
734 unserer Bildungspolitik rücken.

735 Seit diesem Schuljahr erhalten die Grundschulen im Land erstmals Poolstunden, um
736 Kinder mit Sprachförderbedarf, Schwierigkeiten beim Lesen, Rechtschreiben oder in
737 Mathematik gezielter fördern zu können. So können Lehrerinnen und Lehrer den unter-
738 schiedlichen Stärken und Lernentwicklungen der Kinder besser gerecht werden und die
739 Kinder bis zum Übergang in die weiterführenden Schulen möglichst individuell beglei-
740 ten. Die Möglichkeiten individueller Förderung in der Grundschule werden wir – auch
741 durch zusätzliche Lehrerstellen – weiter ausbauen. Unser Ziel ist, dass die Wege zum
742 nächsten Grundschulstandort für alle Kinder kurz bleiben.

743 Für uns zählt der Wille der Eltern. Deshalb haben wir die verbindliche Grundschulemp-
744 fehlung abgeschafft und damit den Eltern das Entscheidungsrecht für die Wahl der
745 weiterführenden Schule gegeben. Verbunden damit ist eine umfassende Beratung der
746 Eltern. An dieser Praxis werden wir auch zukünftig festhalten und den Dialog von El-
747 tern und Grundschule weiter stärken. Die weiterführenden Schulen unterstützen wir
748 dabei, dass sie die Potenziale ihrer Schülerinnen und Schüler in der 5. Klassenstufe
749 schnell und differenziert erfassen können. Die verpflichtende Vorlage der Grundschul-
750 empfehlung ist deshalb weder erforderlich noch sinnvoll.

751 **Schulstrukturen den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen**

752 Eltern wünschen sich eine verlässliche Schulinfrastruktur mit hoher Qualität und mög-
753 lichst wohnortnahen Angeboten. Dies wollen wir auch unter den Bedingungen des
754 demografischen Wandels mit insgesamt sinkenden Schülerzahlen gewährleisten. Mit
755 der Einführung der regionalen Schulentwicklung haben wir einen wichtigen Schritt
756 unternommen, damit die jungen Menschen trotz rückläufiger Schülerzahlen in erreich-
757 barer Nähe alle Bildungsabschlüsse erwerben können. Damit ist uns ein wichtiger
758 Schritt auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Schulsystem gelungen. Über 90 Pro-
759 zent der Dialog- und Beteiligungsverfahren, die im Rahmen der regionalen Schulent-

760 wicklung durchgeführt wurden, konnten im Konsens mit allen Beteiligten abgeschlos-
761 sen werden. Diesen erfolgreichen Weg werden wir in der kommenden Legislaturperio-
762 de fortsetzen.

763 Wir haben bei der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2011 ein stark ge-
764 gliedertes Schulsystem vorgefunden, das den Anforderungen der modernen Gesell-
765 schaft, vor allem aber denen des demografischen Wandels, immer schlechter gerecht
766 wurde. Wie auch viele andere Bundesländer und Staaten haben wir uns für eine Wei-
767 terentwicklung in Richtung integrativer Bildungsgänge – Schulen, in denen verschie-
768 dene Bildungsabschlüsse möglich sind – entschieden. Wir orientieren uns an einem
769 zukünftigen Schulsystem aus zwei Säulen – dem etablierten Gymnasium einerseits
770 und integrativ angelegten Bildungsgängen andererseits. Moderne pädagogische Kon-
771 zepte machen es möglich, mit heterogenen Gruppen in integrativen Bildungsgängen
772 erfolgreich arbeiten zu können.

773 Diese werden wir weiterhin gezielt unterstützen. Eltern, Schüler und Lehrer sollen auf
774 verlässliche Schulstrukturen im Land vertrauen können. Sie dürfen nicht immer wieder
775 verunsichert werden, wie es in Baden-Württemberg grundsätzlich und dauerhaft
776 schulpolitisch weiter geht. Deshalb werden wir unser Angebot für einen Schulfrieden
777 nach der Landtagswahl ein drittes Mal erneuern.

778 **Weiterführende Schulen**

779 Die Gymnasien, die die erste Säule des Systems weiterführender Schulen darstellen,
780 bieten einen anerkannten achtjährigen Bildungsgang zur Hochschulreife. Wir stehen
781 uneingeschränkt zu unseren Gymnasien, weil sie für viele Schülerinnen und Schüler
782 den passenden Weg zum Abitur darstellen. Auch die Gymnasien im Land werden von
783 pädagogischer Innovation profitieren, deren Qualität nicht nur gesichert, sondern ste-
784 tig ausgebaut wird. Ziel muss sein, dass das Leistungsniveau an baden-
785 württembergischen Gymnasien auf hohem Niveau liegt und diese den nationalen wie
786 internationalen Vergleich nicht scheuen müssen. Durch zusätzliche Poolstunden und
787 durch einen neuen Bildungsplan haben wir die Qualität an den Gymnasien bereits ge-
788 stärkt, diesen Weg wollen wir weitergehen und – durch Ressourcen abgesichert – noch
789 bessere Möglichkeiten der individuellen pädagogischen Begleitung schaffen. Eine pau-
790 schale Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ist aufgrund der eingeleiteten Weiter-
791 entwicklung nicht notwendig und auch nicht sinnvoll. Eltern, die einen neunjährigen
792 Bildungsgang präferieren, können unter anderen, ebenso attraktiven Wegen wählen.

793 Die Gemeinschaftsschule, die im Jahr 2012 eingeführt wurde, bietet allen Kindern und
794 Jugendlichen die bestmögliche individuelle Förderung, ein breites Spektrum unter-
795 schiedlicher Anforderungsniveaus und die Möglichkeit, sämtliche Schulabschlüsse zu
796 erreichen. Mit der Gemeinschaftsschule ermöglichen wir längeres gemeinsames Ler-
797 nen und werden der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen mit all ihren unterschiedli-
798 chen Begabungen gerecht. Die Schülerinnen und Schüler lernen nicht nur miteinander,
799 sondern auch voneinander und entwickeln dadurch wichtige soziale Kompetenzen.
800 Außerdem verhindert das Konzept der Gemeinschaftsschule Schulschließungen vor
801 allem im ländlichen Raum. Landesweit gibt es derzeit über 270 öffentliche Gemein-

802 schaftsschulen mit über 35.000 Kindern im Unterricht. Am weiteren bedarfsorientier-
803 ten Ausbau der Gemeinschaftsschule und an der Möglichkeit, auf Antrag der Schulträ-
804 ger gymnasiale Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen einzurichten, werden wir in
805 jedem Fall festhalten. Daneben bestehen für Absolventen der Gemeinschaftsschulen
806 nach Klasse 10 ausgezeichnete Möglichkeiten, den Weg zum Abitur an beruflichen
807 Gymnasien fortzusetzen.

808 Eine weitere attraktive Schulart, die sich in Richtung integrativ angelegter Bildungs-
809 gänge entwickelt, ist die Realschule. Die Realschulen bieten zukünftig neben dem Real-
810 schulabschluss auch den Hauptschulabschluss an. Sie werden damit der Heterogenität
811 in ihrer Schülerschaft besser gerecht und leisten ebenfalls einen Beitrag, dass flächen-
812 deckend Schulen vorhanden sind, die den Weg zu allen Schulabschlüssen ermöglichen.
813 Den unterschiedlichen Lernanforderungen im Klassenverband begegnet die Realschule
814 unter anderem mit binnen-differenzierten Lehr- und Lernkonzepten. Damit die Real-
815 schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, haben wir begonnen,
816 die Ressourcenausstattung nachhaltig zu verbessern. Bereits in diesem Schuljahr ha-
817 ben wir die Poolstunden an den Realschulen erhöht, um die individuelle Förderung der
818 Schülerinnen und Schüler zu stärken. Diese werden wir bis zum Schuljahr 2017/2018 auf
819 zehn Poolstunden je Zug weiter erhöhen. Damit die Weiterentwicklung der Realschu-
820 len gelingt, werden wir umfassende Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer der
821 über 400 Realschulen im Land anbieten.

822 Wo Hauptschulen/Werkrealschulen nachgefragt werden, erhalten sie auch weiterhin
823 unsere ganze Unterstützung. Kein funktionierender Schulstandort wird gegen den Wil-
824 len des Schulträgers aufgegeben. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob sich die jeweilige
825 Schule in Richtung integrativer Bildungsgänge in der zweiten Säule weiterentwickeln
826 möchte und kann.

827 **Medienbildung**

828 In allen Schulen streben wir eine stärkere, altersgerechte Förderung der Schülerinnen
829 und Schüler im Bereich der Medienkompetenz und informationstechnischen Grundbil-
830 dung an.

831 **Privatschulen**

832 Schulen in freier Trägerschaft bereichern unsere Bildungslandschaft. Deshalb gestalten
833 wir die Finanzierung gerecht und nachhaltig. Wir haben die Landeszuschüsse für den
834 laufenden Betrieb seit 2011 insgesamt von 671 Millionen auf 867 Millionen in 2016 um
835 knapp 200 Millionen Euro erhöht. So haben wir Kostendeckungsgrade erreicht, die in
836 früheren Legislaturperioden in weiter Ferne waren. An einer angemessenen finanziel-
837 len Unterstützung werden wir auch in Zukunft festhalten. Die Aufträge aus dem jüngs-
838 ten Urteil des Staatsgerichtshofs werden wir – in Abstimmung mit den Privatschulver-
839 bänden – umsetzen.

840 **Gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen**

841 Eine verlässliche Unterrichtsversorgung an allen Schulen ist die Grundlage guter Bil-
842 dung. Deshalb haben wir trotz rückläufiger Schülerzahlen zusätzliche Lehrerstellen ge-
843 schaffen und die fest installierte Krankheitsvertretungsreserve erhöht. Auch die Ein-

844 stellungschancen von Junglehrerinnen und -lehrern haben wir verbessert. Wir werden
845 dafür sorgen, dass die Unterrichtsversorgung auf dem erreichten hohen Niveau bleibt
846 und dass sich ergebende Spielräume für weitere Verbesserungen genutzt und auf die
847 verschiedenen Schularten gerecht verteilt werden. Ferner sind wir bestrebt, die Krank-
848 heitsreserve weiter zu erhöhen.

849 **Gute Lehrerinnen und Lehrer legen den Grundstein**

850 An unseren Schulen unterrichten hervorragende und motivierte Lehrerinnen und Leh-
851 rer. Sie sind das Fundament unserer erfolgreichen Bildungslandschaft und maßgebli-
852 che Erfolgsgaranten für den Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler. Um die
853 Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich zu qualifizieren, haben wir die Lehrerbildung wei-
854 terentwickelt und flexibler gestaltet. Zum vergangenen Wintersemester wurden alle
855 Lehramtsstudiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Zudem ha-
856 ben wir entschieden, dass sich die zukünftige Besoldung von Sekundarstufenlehrern
857 einheitlich nach A13 richtet.

858 Wir werden die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern
859 und dabei die Themen Inklusion, individuelle Förderung, Medienbildung und den Bil-
860 dungsplan in den Vordergrund stellen. Gesundheitsprävention für Lehrerinnen und
861 Lehrer ist uns ein wichtiges Anliegen. Ferner werden wir Haupt- und Werkrealschul-
862 lehrkräften die Möglichkeit zu einer beruflichen Weiterqualifizierung eröffnen. Zum
863 besseren Austausch von Lehr- und Lernmaterialien haben wir eine „Digitale Bildungs-
864 plattform“ auf den Weg gebracht, die wir in der kommenden Legislaturperiode aus-
865 bauen und erweitern werden.

866 **Schule als Ort der Toleranz und Vielfalt**

867 Unsere Schulen in Baden-Württemberg sollen Orte der Toleranz, des Respekts und der
868 gegenseitigen Wertschätzung sein. Dies ist ein wichtiger Beitrag für ein friedvolles
869 Miteinander in unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir die Bildungspläne in Baden-
870 Württemberg in einem umfangreichen Beteiligungsprozess weiterentwickelt und die
871 Inhalte an die gesellschaftliche Realität und zukünftige Herausforderungen angepasst.
872 Mit einer neuen Leitperspektive setzen wir Impulse für mehr Toleranz und Akzeptanz
873 im Hinblick auf Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Weltanschauung, se-
874 sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Darüber hinaus haben wir das Mo-
875 dellprojekt zum islamischen Religionsunterricht ausgeweitet, um jungen Musliminnen
876 und Muslimen auch in den Schulen die Möglichkeit zu geben, sich intensiv mit ihrer
877 Religion auseinanderzusetzen.

878 Die SPD steht dazu, dass Kinder und Jugendliche sich mit der Vielfalt in einer modernen
879 Gesellschaft auseinandersetzen und dabei eine wertschätzende Haltung gegenüber
880 Mitmenschen entwickeln können sollen. Wir streben weiterhin den stufenweisen Aus-
881 bau von Ethik als Fach in den allgemeinen Schulen an. Wir werden uns auch für den
882 Ausbau des islamischen Religionsunterrichts einsetzen. Ferner werden wir dafür sor-
883 gen, dass die Themen Flucht, Asyl, Gewalt und Krieg in allen öffentlichen Bildungsein-
884 richtungen dem Alter der Kinder und Jugendlichen entsprechend aufgearbeitet werden
885 und dass dabei auch die Friedensbildung ihren Platz findet. Es ist wichtig, dass Kinder

886 und Jugendliche über Fluchtursachen aufgeklärt werden und lernen, aus welchen
887 Gründen Menschen in Deutschland Schutz suchen. Dazu gehört auch, dass in den Kin-
888 dertagesstätten und Schulen Vorurteilen entgegengetreten wird und eine offene Dis-
889 kussion über die Herausforderungen in unserer Gesellschaft erfolgt.

890 **Beste Bildung für alle**

891 Alle Kinder und Jugendlichen, die zu uns nach Baden-Württemberg kommen, sollen
892 frühzeitig die Möglichkeit haben, ihre Schulpflicht einzulösen. Wir werden bei steigen-
893 der Zahl von Flüchtlingen die Formen und den Umfang der Förderangebote entspre-
894 chend ausbauen. Auch in die Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung werden
895 wir weiter intensiv investieren. Schon jetzt haben wir Mittel für über 1100 neue Lehrer-
896 stellen bereitgestellt. Wir werden auch zukünftig dafür sorgen, mit flexiblen Maßnah-
897 menpaketen schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung bereitzustellen, die vor Ort
898 bei den Schulen ankommt, um Flüchtlingskindern und -jugendlichen einen guten Start
899 zu ermöglichen.

900 **Inklusion verwirklichen**

901 Wir haben die gesetzliche Grundlage für die Inklusion geschaffen. Kinder und Jugendli-
902 chen mit einer Behinderung gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und nicht an
903 ihren Rand. Dies gilt für den Bereich der frühkindlichen Bildung und für den Schulbe-
904 reich im Besonderen. Aufgrund unserer Schulgesetzänderung haben Eltern von Kindern
905 mit Behinderung jetzt die Wahlmöglichkeit, ob ihr Kind eine allgemeine Schule oder ein
906 Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum besuchen soll. Wir wollen, dass
907 Eltern von Kindern mit Behinderung zwischen qualitativ vergleichbaren Angeboten
908 entscheiden können. Deshalb stellen wir sicher, dass ein hohes Niveau sonderpädago-
909 gischer Angebote an allgemeinen Schulen geschaffen und die Qualität der Sonderpä-
910 dagogischen Bildungs- und Beratungszentren erhalten wird. Daher werden wir Schul-
911 träger auch weiterhin beim Ausbau inklusiver Angebote unterstützen und das Netz-
912 werk inklusiv arbeitender Schulen bedarfsorientiert ausbauen.

913 **Gebührenfreies Studium**

914 Damit der Zugang zu höchster Bildung nicht vom Einkommen oder Herkunft der Eltern
915 abhängt, haben wir die Studiengebühren in Baden-Württemberg abgeschafft. Den
916 Hochschulen wurden die Einnahmen komplett ersetzt. Mit der SPD wird es auch in Zu-
917 kunft keine Studiengebühren an den Hochschulen geben.

918 **Zeit für Familie**

919 Baden-Württemberg hat mit uns eine Landesregierung, die so offen und modern ist,
920 wie die Menschen im Land. Wir erkennen die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht nur an,
921 sondern sehen in ihr eine Bereicherung. Egal ob „klassische“ Familie, alleinerziehend
922 oder Patchwork Familie – die SPD hat die Zeichen der Zeit erkannt und beantwortet
923 nicht die Fragen der Vergangenheit, sondern gestaltet Zukunft. Für uns ist Familie der
924 Ort, an dem Menschen füreinander eintreten. Der Ort, an dem man füreinander sorgt,
925 unabhängig von sexueller Orientierung, Staatsangehörigkeit und anderen persönlichen
926 Eigenschaften. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen ihren individuellen Fami-
927 lienwunsch leben können.

928 Viele Frauen und Männer wollen oder müssen gleichermaßen neben der Erfüllung des
929 Kinderwunsches arbeiten und ihre Existenz gemeinsam sichern. Gerade junge Familien
930 wollen sich sowohl die täglichen Aufgaben, als auch die schönen Momente partner-
931 schaftlich teilen. Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Widerspruch.
932 Im Gegenteil: Wir gestalten politisch die Voraussetzungen dafür, Arbeit, Familie und
933 Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Damit Väter mehr Zeit für ihre Kin-
934 der haben, Frauen ihre Qualifikationen in die Arbeitswelt einbringen können und bes-
935 ser vor Altersarmut geschützt sind, die Kinder Vater und Mutter gleichermaßen erleben
936 können und die Unternehmen im Land zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
937 gewinnen.

938 **Verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder**

939 Kind und Karriere dürfen sich nicht ausschließen. Noch immer liegt die Verantwortung
940 für die Kindererziehung in unserer Gesellschaft vor allem bei den Frauen und noch im-
941 mer ist es nach einer Familienphase schwierig, zurück in den Beruf zu finden. Dabei gab
942 es noch nie so viele hervorragend qualifizierte Frauen in unserem Land. Um die Verein-
943 barkeit von Beruf und Familie zu verbessern, haben wir die Kinderbetreuung und die
944 Ganztagschulen in Baden-Württemberg massiv ausgebaut. Mit dem Pakt für Familien
945 haben wir die Mittel für die Kleinkinderbetreuung mehr als versiebenfacht. Damit un-
946 terstützen wir die Städte und Gemeinden bei der Schaffung qualitativ hochwertiger
947 Betreuungsplätze. Sowohl mit Blick auf die Zahl der Betreuungsplätze als auch hin-
948 sichtlich der Qualität belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Bundesvergleich ei-
949 nen Spitzenplatz. Von der besseren Kinderbetreuung profitieren Frauen im Besonderen.
950 Vor allem für alleinerziehende Mütter, die am Arbeitsmarkt oft benachteiligt sind,
951 senkt eine gute Kinderbetreuung das Armutsrisiko nachweislich. Damit Ausbildung
952 und Familie besser miteinander in Einklang gebracht werden können, haben wir zudem
953 die Teilzeitausbildung ausgebaut und verbessern damit die Berufschancen Alleinerzie-
954 hender.

955 Für die kommende Legislaturperiode geben wir den Eltern in Baden-Württemberg eine
956 Garantie: Wir schaffen verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder und führen die
957 Ganztagsgarantie ein, vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag. Dafür werden
958 wir die Kitas ausbauen, deren Qualität weiter verbessern und die Öffnungszeiten be-
959 darfsorientiert verlängern. Für Schulkinder werden wir den Ausbau der Ganztagschu-
960 len konsequent fortsetzen, sodass bis 2023 70 Prozent der Grundschulen im Land Ganz-
961 tagsunterricht anbieten. Darüber hinaus werden wir mit unseren Partnern in den
962 Kommunen die Angebote der Ferienbetreuung in erreichbarer Nähe verbessern, denn
963 Kinder haben nicht ohne Grund mehr Freizeit als arbeitende Erwachsene. Damit schlie-
964 ßen wir eine wichtige Lücke im Betreuungssystem für unsere Kinder.

965 **Familien finanziell unterstützen: Kita- und Kindergartengebühren abschaffen**

966 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung von Familien ein. Denn finanzielle Si-
967 cherheit ist eine wichtige Grundlage der Entscheidung für Kinder. Um Familien weiter
968 spürbar zu entlasten, werden wir in der kommenden Legislaturperiode schrittweise die
969 Beitragsfreiheit für die Kindergärten und Kindertagesstätten im Land einführen. Darü-
970 ber hinaus werden wir uns im Bund für eine finanzielle Besserstellung von Alleinerzie-

971 henden einsetzen. Denn diese haben es meist besonders schwer, Beruf und Kinder un-
972 ter einen Hut zu bringen. Wir wollen den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleiner-
973 ziehende durch einen Zuschlag zum Kindergeld ersetzen. Dieser soll 100 Euro im Monat
974 für das erste Kind und 20 Euro für alle weiteren Kinder betragen.

975 **Eltern unterstützen – Zeit für Familie schaffen**

976 Kinder machen Freude. Aber sie machen auch viel Arbeit, vor allem im Haushalt. Wir
977 wollen, dass Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können und weniger Zeit
978 für Haushaltstätigkeiten aufwenden müssen. Deshalb werden wir über eine gezielte
979 staatliche Förderung mehr bezahlbare und legale Angebote im Bereich der haushalts-
980 nahen Dienstleistungen unterstützen. Damit werden wir die Familien entlasten, den
981 Schwarzmarkt bekämpfen und im Sinne guter Arbeit mehr sozialversicherungspflichti-
982 ge Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

983 Eine Familie zu gründen, ist für viele Paare ein großer Schritt. Wir werden Familienlot-
984 sen etablieren und damit die Beratungsinfrastruktur für Familien ausbauen. Gemein-
985 sam mit den Kommunen sollen diese beratend tätig sein und unnötige Behördengänge
986 oder Recherchen nach Unterstützungsangeboten ersparen. Das Beratungsangebot soll
987 sich von familienpolitischen Angeboten vor Ort über Fragen zu Kinder- und Elterngeld,
988 Ärzten und Familienbildung bis hin zu Elternberatung oder Familienhilfen erstrecken.

989 **Familie geht uns alle an**

990 Unser Ziel bleibt es die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbs- und Familienleben für
991 Frauen und Männer weiter zu verbessern. Wir wollen die Menschen im Land dabei un-
992 terstützen, Anspruch und Wirklichkeit besser miteinander in Einklang zu bringen und
993 Familien-, Haushalts- und Erwerbsarbeit fairer aufzuteilen. Als Land werden wir mit
994 gutem Beispiel vorangehen und Väter aktiv ermutigen, Elternzeit auch über die bisher
995 üblichen zwei Monate hinaus zu nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass diese „Vä-
996 termonate“ auch eine Bereicherung für Arbeitgeber sind, da die Mitarbeiter mit neuen,
997 wertvollen Erfahrungen an den Arbeitsplatz zurückkommen. Mit einer Änderung des
998 Beamtenrechts werden wir auch Führungskräften flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeit
999 oder Homeoffice ermöglichen.

1000 **Ehe für alle**

1001 Wir orientieren unsere Familienpolitik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir wol-
1002 len den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben. Deshalb haben wir dafür gesorgt,
1003 dass gleichgeschlechtliche Paare auch in Baden-Württemberg endlich in einem würdi-
1004 gen Rahmen – also auf dem Standesamt – ihre Lebenspartnerschaft schließen können.
1005 Auch im öffentlichen Recht wurden homosexuelle Lebenspartnerschaften gleichge-
1006 stellt: Verpartnerte Beamtinnen und Beamten werden im Besoldungs-, Beihilfe- und
1007 Versorgungsbereich nun gleich behandelt wie ihre verheirateten Kolleginnen und Kol-
1008 legen. Wir werden die Gleichstellung im Land auch zukünftig weiter vorantreiben. Auf
1009 Bundesebene werden wir uns für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
1010 einsetzen.

1011 **Gesund und lange leben in Baden-Württemberg**

1012 Unser Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige ge-
1013 sundheitliche und medizinische Versorgung in Baden-Württemberg. Wir sichern die
1014 ärztliche Versorgung und schaffen die Rahmenbedingungen für leistungsfähige Kran-
1015 kenhäuser. Durch neue und ambulante Ansätze fördern wie die Pflege im Land und
1016 sorgen dafür, dass ältere und auf Unterstützung angewiesene Menschen möglichst
1017 lange im heimischen Umfeld versorgt werden können.

1018 Bei all unseren gesundheitspolitischen Überlegungen steht der Mensch im Mittel-
1019 punkt. Deshalb stärken wir die Bürger- und Patientenorientierung im Gesundheitswe-
1020 sen. In Gesundheitsdialogen haben wir zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie
1021 relevanten Akteuren des Gesundheitswesens einen „Zukunftsplan Gesundheit“ entwi-
1022 ckelt. Für die Umsetzung dieses Gesundheitsleitbildes haben wir eine Landesgesund-
1023 heitskonferenz eingerichtet, die das Dach der gesundheitspolitischen Gremien im Land
1024 bildet. Hinzu kommen die kommunalen Gesundheitskonferenzen, die in den Land- und
1025 Stadtkreisen eingerichtet wurden und den Diskussionsprozessen über kommunale
1026 Gesundheitsziele sektorenübergreifend Raum geben.

1027 Den Weg des Dialoges werden wir fortsetzen. Wir werden Bürgerdialoge auf örtlicher,
1028 regionaler und Landesebene führen, damit die Menschen im Land ihre Interessen auch
1029 weiterhin in unser Gesundheitswesen einbringen können. Die Kommunen werden wir
1030 dabei unterstützen, die Angebote Prävention und Gesundheitsförderung unter dem
1031 Dach des öffentlichen Gesundheitswesens auszubauen. Um Patientinnen und Patien-
1032 ten, Pflegenden und ihren Angehörigen einen Sprecher für ihre Interessen und Belange
1033 zu geben, werden wir das Amt eines Landespatienten- und Pflegebeauftragten einrich-
1034 ten.

1035 **Medizinische Versorgung sicherstellen**

1036 Die ärztliche Versorgung in Baden-Württemberg durch Haus- und Fachärzte ist umfas-
1037 send und gut. Allerdings gehen in den nächsten Jahren viele Ärztinnen und Ärzte in den
1038 Ruhestand. In manchen Gegenden, insbesondere im ländlichen Raum, ist es vor allem
1039 im hausärztlichen Bereich schwierig, eine Praxisnachfolge zu finden. Um dem entge-
1040 genzuwirken haben wir das „Förderprogramm Landärzte“ wesentlich ausgebaut. Da-
1041 mit unterstützen wir gezielt die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in unterver-
1042 sorgten Gebieten und tragen so zu einer Verbesserung der ambulanten hausärztlichen
1043 Versorgung im Land bei. Darüber hinaus wollen wir mehr jungen Menschen mit einer
1044 Leidenschaft für den Arztberuf den Zugang zum Medizinstudium ermöglichen, um den
1045 Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum zu beheben. Deshalb wollen wir der
1046 Abiturnote als Zulassungskriterium künftig weniger Gewicht beimessen.

1047 Die Hebammen im Land leisten einen wertvollen Beitrag für die Gesundheit der Jüngs-
1048 ten und deren Mütter. Die Begleitung vor, während und nach der Geburt ist unver-
1049 zichtbar für einen guten und gesunden Start ins Leben. Deswegen setzen wir uns dafür
1050 ein, dass die freiberuflich tätigen Hebammen diese wichtige Arbeit auch zukünftig leis-
1051 ten können. Im Bund werden wir darauf hinwirken, Lösungswege zu erarbeiten, die
1052 zukünftig die flächendeckende Versorgung durch Hebammen sicherzustellen.

1053 **Gute Krankenhäuser**

1054 Zu einem guten Gesundheitswesen gehört vor allem eine gute Krankenhausversor-
1055 gung. Wir haben den von den Vorgängerregierungen über viele Jahre hinweg aufge-
1056 bauten Antragsstau abgebaut und die Mittel für den Krankenhausbau um mehr als 35
1057 Prozent aufgestockt. Ergebnis unserer Politik ist eine leistungsfähige und wirtschaftli-
1058 che Krankenhausversorgung, die deutschlandweit Maßstäbe setzt: Kein Bundesland
1059 hat eine geringere Zahl an Krankenhaufällen und niedrigere Krankenhausbehand-
1060 lungskosten pro Kopf. Auch den Etat für die Zentren für Psychiatrie haben wir deutlich
1061 erhöht.

1062 Wir werden die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg auch in Zukunft wei-
1063 terentwickeln. Unser Ziel ist eine regional abgestimmte sektorenübergreifende Pla-
1064 nung, die sich am Versorgungsbedarf ausrichtet und dabei ambulante und stationäre
1065 Angebote stärker verzahnt. Die Krankenhausfinanzierung werden wir weiter stärken
1066 und die Mittel für den Krankenhausbau weiter bedarfsgerecht aufstocken.

1067 **Gute Pflege**

1068 Ältere Menschen sollen ihr Lebensumfeld selbstbestimmt und in Würde gestalten kön-
1069 nen, selbstverständlich auch dann, wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen
1070 sind. Deshalb schaffen wir Pflege- und Unterstützungsangebote, die sich in das ver-
1071 traute Lebensumfeld einfügen und ein Höchstmaß an Häuslichkeit, Normalität und
1072 Privatheit bieten. Wir unterstützen die Menschen dabei, auch im Alter oder bei Behin-
1073 derungen mitten im Leben zu bleiben.

1074 Mit dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz ist Baden-Württemberg Vorreiter:
1075 Unsere neue Regelung fördert eine nie dagewesene Vielfalt von Wohn- und Versor-
1076 gungsformen, vor allem unterschiedliche Formen ambulant betreuter Wohngemein-
1077 schaften. Eine neue landesweite Beratungsstelle unterstützt die Kommunen und Kreise
1078 vor Ort beim Auf- und Ausbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften. Mit einer
1079 Neufassung der Landesbauordnung schaffen wir mehr Barrierefreiheit und legen fest,
1080 dass bei Neubauvorhaben für Wohngebäude mit mehr als zwei Wohnungen alle Woh-
1081 nungen einer Etage barrierefrei erreichbar sein müssen.

1082 Der Bedarf an wohnortnaher Beratung zu Fragen der Pflege ist groß. Deshalb haben wir
1083 uns für die Einrichtung von Pflegestützpunkten eingesetzt. Als zentrale Anlaufstellen
1084 beraten diese Pflegebedürftige und Angehörige Pflegebedürftiger kostenlos rund um
1085 das Thema Pflege und koordinieren Hilfs- und Unterstützungsangebote bei der wohn-
1086 ortnahen Betreuung und Versorgung. Darüber hinaus haben wir das Modellprojekt
1087 „Präventive Hausbesuche“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative suchen ei-
1088 gens geschulte Beraterinnen und Berater ältere Menschen zuhause auf, um bereits zu
1089 einem möglichst frühen Zeitpunkt über konkrete Unterstützungsmöglichkeiten zu in-
1090 formieren.

1091 Unser Ziel ist es, alten Menschen ein langes und möglichst selbstständiges Leben zu
1092 ermöglichen. Deswegen haben wir das Landes-Geriatriekonzept grundlegend überar-
1093 beitet und legen den Schwerpunkt auf den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“. Da-
1094 neben setzen wir auf eine Stärkung der ambulanten Strukturen vor Ort.

1095 Auch in Zukunft werden wir es älteren und auf Hilfe angewiesenen Menschen ermögli-
1096 chen, im vertrauten Umfeld zu bleiben, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Nach dem
1097 Grundsatz: „So viel Selbstständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig“, werden wir
1098 die beratenden Hilfen bei der Wohnungsanpassung ausbauen und mehr individuell
1099 gestaltbare Wohnformen für ältere Menschen als Alternative zum Alten- oder Pflege-
1100 heim schaffen. Wir werden mehr wohnortnahe gemeinschaftliche Wohnformen mit
1101 ambulanten Versorgungsstrukturen etablieren und uns zudem für einen weiteren Aus-
1102 bau der Pflegestützpunkte einsetzen.

1103 **Gut und gemeinsam leben in Baden-Württemberg**

1104 Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig, offen und sozial. Sie ist geprägt von bei-
1105 spiellosem bürgerschaftlichen Engagement – fast jeder Zweite im Land engagiert sich
1106 in seiner Freizeit ehrenamtlich für andere. Diesen Zusammenhalt wollen wir erhalten
1107 und stärken. Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum für alle, damit auch junge
1108 Familien und Menschen mit kleinem Geldbeutel ein Zuhause in unseren Städten fin-
1109 den, das sie sich leisten können. Wir stärken den ländlichen Raum und sorgen für
1110 gleichwertige Lebensverhältnisse in der Fläche. Wir bekämpfen Diskriminierung und
1111 verwirklichen Inklusion, um kein Potential unserer Gesellschaft ungenutzt zu lassen.
1112 Wir stärken den Sport als wichtige Brücke zwischen Menschen unterschiedlicher Gene-
1113 ration und Herkunft. Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu Kunst und Kultur allen Men-
1114 schen im Land offen steht.

1115 **Bezahlbares Wohnen**

1116 Baden-Württembergs Städte und Gemeinden sind bunt und dynamisch. Sie geben Mil-
1117 lionen Menschen Raum zu leben, zu arbeiten und sich zu entfalten. Diese Vielfalt setzt
1118 verfügbaren Wohnraum und bezahlbare Mieten voraus. In vielen Groß- und Universi-
1119 tätsstädten ist die Lage am Wohnungsmarkt jedoch angespannt. Dramatische Mieter-
1120 höhungen sind keine Seltenheit. Die SPD ist die Partei für bezahlbaren Wohnraum! Alle
1121 Menschen im Land – jüngere wie ältere, mit kleinem oder größerem Geldbeutel, Fami-
1122 lien mit Kindern oder Alleinstehende, Studierende und Auszubildende, Flüchtlinge und
1123 Zuwanderer – sollen in Baden-Württemberg in allen Teilen unserer Städte und Ge-
1124 meinden ein Zuhause finden, das sie sich leisten können.

1125 Wir setzen uns dafür ein, bestehenden Wohnraum zu erhalten und neuen Wohnraum
1126 zu schaffen. Deshalb haben wir die Landeswohnraumförderung verstärkt auf soziale
1127 Aspekte ausgerichtet und deutlich aufgestockt. 2015 lag das Fördervolumen über 60
1128 Prozent höher als noch im Jahr 2010. Dabei haben wir die Förderung preisgünstiger
1129 Mietwohnungen in den Mittelpunkt gestellt und die hierfür zur Verfügung stehenden
1130 Finanzmittel fast verdreifacht. So entstehen gerade in Ballungszentren, in denen
1131 preiswerter Wohnraum besonders knapp ist, neue Mietwohnungen. Diese Offensive
1132 für bezahlbaren Wohnraum haben wir nochmals erweitert. Das heißt, dass wir neben
1133 einer zusätzlichen Erhöhung der Landeswohnraumförderung auch Lockerungen im
1134 Baurecht und bei der Raumplanung ermöglichen wollen. Darüber hinaus setzen wir
1135 uns auf Bundesebene dafür ein, die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von sozial ge-
1136 bundenem Wohnungsbau wieder einzuführen, um mehr privates Kapital für den Woh-

1137 nungsbau zu mobilisieren. Damit Vermieterinnen und Vermieter die Maklerprovision
1138 nicht mehr wie bisher einfach auf Mieterinnen und Mieter umwälzen können, haben
1139 wir uns im Bund für die Einführung des „Bestellerprinzips“ eingesetzt.

1140 In der kommenden Legislaturperiode wollen wir den von uns initiierten Wohnungs-
1141 baugipfel zu einem landesweiten „Pakt für bezahlbares Wohnen“ weiterentwickeln. In
1142 diesem Pakt wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten Vereinbarungen zur Landes-
1143 förderung von preiswerten Mietwohnungen und zu ehrgeizigen Neubauzielen errei-
1144 chen.

1145 Bei der Weiterentwicklung der Landesförderung werden wir den Fokus auf eine effekti-
1146 vere Förderung preiswerter Mietwohnungen legen. Dazu werden wir unter anderem
1147 den Vorschlag prüfen, den Wohnungsneubau mit direkten Zuschüssen zu fördern, um
1148 das bestehende Förderinstrument des zinslosen Darlehens zu ergänzen. Bei der Wei-
1149 terentwicklung der Landeswohnraumförderung wollen wir zudem die Förderbedin-
1150 gungen für Klein- und Kleinstwohnungen verbessern und die Umsetzung von Mehrge-
1151 nerationenkonzepten unterstützen. Auch das Instrument des Erwerbs von Miet- und
1152 Belegungsrechten im Bestand wollen wir weiterentwickeln. Dabei haben wir besonders
1153 die zahlreichen in den letzten Jahren ausgelaufenen Sozialbindungen im Blick, von de-
1154 nen sich viele auf diesem Weg wieder aufleben lassen.

1155 Dort, wo Wohnungen besonders knapp sind, haben wir gehandelt und die Instrumente,
1156 die uns der Bund an die Hand gegeben hat, konsequent umgesetzt. Dies gilt sowohl für
1157 die reduzierte Kappungsgrenze bei bestehenden Mietverhältnissen, mit der Mieterhö-
1158 hungen innerhalb von drei Jahren auf maximal 15 Prozent begrenzt werden, wie auch
1159 für die Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen, mit der die Miete für neue Mieterin-
1160 nen und Mieter auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete be-
1161 grenzt wird. Die Gebietskulissen dafür werden wir bei Bedarf neu justieren.

1162 **Lebensräume gestalten – Quartiere aufwerten**

1163 Wir haben die Städtebauförderung des Landes deutlich erhöht. Insgesamt werden 2011-
1164 2016 über eine Milliarde Euro den Städten und Gemeinden im Land für deren zukunfts-
1165 orientierte Entwicklung zur Verfügung stehen. Für die Umnutzung militärischer Kon-
1166 versionsflächen wurden 2014 und 2015 insgesamt fast 20 Mio. Euro Städtebauförde-
1167 rungsmittel an Kommunen bewilligt.

1168 Quartiere und Ortskerne leben von den Ideen und Initiativen der dort ansässigen Men-
1169 schen, Läden, Vereine und Verbände. Sie sind Knotenpunkte für Gewerbetreibende und
1170 können ein fruchtbarer Boden für Kreative, Gründerinnen und Gründer sowie Tüftle-
1171 rinnen und Tüftler sein. Unsere Stadt- und Quartiersentwicklung hat zum Ziel, die Ver-
1172 wirklichung dieser Ideen und Initiativen zu ermöglichen. Deshalb haben wir ein Gesetz
1173 zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiativen auf den Weg gebracht.
1174 Damit schaffen wir zum ersten Mal in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für
1175 sogenannte „Business Improvement Districts“ bzw. „Urban Improvement Districts“. So
1176 können Grundstückseigentümer in privater Verantwortung zur Steigerung der Attrak-
1177 tivität eines Quartiers beitragen. Mit unserem Landesprogramm „Gemeinsam sind wir

1178 bunt“ fördern wir Modellprojekte in Städten und Gemeinden, die erproben, wie ein
1179 solidarisches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft verbessert werden
1180 kann. Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen und dabei ins-
1181 besondere Leuchtturmprojekte in der Quartiers- und Stadtentwicklung verstärkt för-
1182 dern.

1183 **Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum**

1184 Der ländliche Raum in Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine starke mittelstän-
1185 dische Wirtschaft und die Vielfalt einzigartiger Landschaften aus. Gleichzeitig stehen
1186 wir – durch Globalisierung, demografischen Wandel, wirtschaftliche Konzentrations-
1187 prozesse oder den Klimawandel – vor besonderen Herausforderungen in der Fläche.
1188 Ziel unserer Politik ist es, den ländlichen Raum weiter zu stärken und für Familien und
1189 Wirtschaft attraktiv zu halten. Dafür braucht es die Unterstützung des Landes in allen
1190 Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

1191 Wir begreifen den Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum im Sinne gleichwertiger
1192 Lebensverhältnisse als Aufgabe für die gesamte Landespolitik. Wir haben die Mittel
1193 für den Breitbandausbau im Vergleich zur Schwarz-Gelben Vorgängerregierung ver-
1194 dreifacht. Damit haben wir „weiße Flecken“ der Breitbandversorgung in Stadt und Land
1195 beseitigt und eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung im länd-
1196 lichen Raum geschaffen. Darüber hinaus unterstützen wir Gemeinden und interkom-
1197 munale Projekte mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) bei der Struk-
1198 turentwicklung. Hier haben wir neue Schwerpunkte gesetzt und fördern verstärkt den
1199 Erhalt der Ortskerne, wohnortnaher Grundversorgung und die Sicherung von Arbeits-
1200 plätzen in kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem macht unsere Schulpolitik nicht
1201 nur unser Bildungssystem gerechter, sondern ist zugleich strukturpolitisch sinnvoll: Ein
1202 Netz von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen stärkt die Bildungslandschaft im länd-
1203 lichen Raum und sichert den Erhalt weiterführender Schulen in der Fläche. Die Ausstat-
1204 tung der Volkshochschulen haben wir verbessert und die Kinderbetreuung ausgebaut.
1205 Unsere Tourismusförderung sowie unsere Maßnahmen zum Ausbau des Nahverkehrs
1206 kommen überwiegend dem ländlichen Raum zugute.

1207 Ob medizinische Versorgung, Verkehrs- und Kommunikationsnetze oder bei der Bereit-
1208 stellung von Gütern des täglichen Bedarfs – wir werden den ländlichen Raum in der
1209 kommenden Jahren weiter stärken.

1210 **Ehrenamt unterstützen**

1211 Unsere Gesellschaft ist offen und hilfsbereit. Das zeigt sich vor allem daran, dass sich 41
1212 Prozent der Bevölkerung freiwillig und unentgeltlich für andere engagieren. Damit sind
1213 wir Spitze in Deutschland. Die SPD steht an der Seite der Ehrenamtlichen. Deshalb ha-
1214 ben wir die „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ entwickelt, mit der wir bür-
1215 gerschaftliches Engagement stärken und dem Ehrenamt einen verlässlichen Rahmen
1216 bieten.

1217 Mit dem „Kompass Seniorenpolitik“ haben wir eine zukunftsweisende Anleitung für
1218 die Nutzung der Potentiale und Fähigkeiten der älteren Generationen geschaffen. Da-
1219 rüber hinaus stärken wir das Engagement von Älteren und Menschen mit Migrations-

1220 hintergrund mit der Initiative „Mittendrin“. Die Mittel für das Freiwillige Soziale Jahr
1221 (FSJ) haben wir erhöht und dafür gesorgt, dass die Förderung des Ehrenamts als Staats-
1222 ziel in die Landesverfassung aufgenommen wurde.

1223 Besonders große Hilfsbereitschaft erleben wir vor dem Hintergrund der aktuellen
1224 Flüchtlingssituation. Deshalb haben wir das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt“
1225 aufgelegt, mit dem wir jene unterstützen, die sich für die Flüchtlinge im Land engagie-
1226 ren. Als zentrales Element einer solidarischen Gesellschaft werden wir das ehrenamtli-
1227 che Engagement auch in Zukunft bestmöglich unterstützen. Dafür werden wir die ent-
1228 sprechenden Rahmenbedingungen weiter verbessern und unsere bewährten Pro-
1229 gramme zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements fortführen. Darüber hin-
1230 aus werden wir weitere Verbesserungen beim Bildungszeitgesetz prüfen, um den vie-
1231 len Vereinen und Ehrenamtlichen im Land mehr Qualifizierung und Weiterbildung zu
1232 ermöglichen.

1233 **Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt bekämpfen**

1234 Wir wollen nicht hinnehmen, dass Menschen im reichen Baden-Württemberg unter
1235 Armut und Ausgrenzung leiden. Deshalb setzen wir den von uns eingeführten Prozess
1236 der Armuts- und Reichtumsberichterstattung fort und die im ersten Bericht aufgeführ-
1237 ten Maßnahmen weiter um.

1238 Wir stehen für eine Gesellschaft, die jede Form von Benachteiligung oder Diskriminie-
1239 rung bekämpft. Deshalb haben wir ein landesweites Netzwerk für Antidiskriminierung
1240 eingerichtet und fördern die neu geschaffene Vernetzungs- und Anlaufstelle zur Be-
1241 kämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfein-
1242 dlichkeit bei der „Landesgemeinschaft Offene Jugendbildung e.V.“. Mit der Initiative für
1243 Akzeptanz und gleiche Rechte haben wir einen landesweiten Aktionsplan entwickelt,
1244 um Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgen-
1245 dern, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) abzubauen. Wir werden auch in
1246 Zukunft jede Form von Diskriminierung bekämpfen. Dafür werden wir unsere gute Zu-
1247 sammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Akteuren fortführen und eine unabhängige
1248 Antidiskriminierungsstelle des Landes schaffen.

1249 Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form, sei es häusliche Gewalt, Zwangsheirat oder
1250 Zwangsprostitution und Menschenhandel wollen wir stärker bekämpfen. Die Inhalte
1251 des neuen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen sind dazu für uns richtungsweisend.
1252 Für eine Fortschreibung des Aktionsplanes werden wir uns einsetzen.

1253 **Inklusion verwirklichen**

1254 In Baden-Württemberg leben rund 1,5 Millionen Menschen mit Behinderungen, davon
1255 sind fast eine Million Bürgerinnen und Bürger als schwerbehindert anerkannt. Sie ge-
1256 hören in die Mitte unserer Gesellschaft und müssen in allen Lebensbereichen gleichbe-
1257 rechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Mit dem Landesbehindertengleichstel-
1258 lungsgesetz haben wir bundesweit eines der modernsten Gleichstellungsgesetze ge-
1259 schaffen. Damit verbessern wir die Barrierefreiheit im Land, sorgen für eine effektivere
1260 Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen und stärken die Vertre-
1261 tung ihrer Interessen. Wir haben Stadt- und Landkreise verpflichtet, Behindertenbeauf-

1262 trage zu bestellen und geben Familien damit einen verlässlichen Ansprechpartner vor
1263 Ort. Wir beteiligen den Landesbehindertenbeirat frühzeitig bei allen Gesetzen und Ver-
1264 ordnungen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen berühren. Auch zukünf-
1265 tig werden wir das Netz der kommunalen Behindertenbeauftragten weiter ausbauen.
1266 Wir wollen flächendeckend Beteiligungsformen von Anfang an bei der Gewährung von
1267 Hilfen etablieren, z.B. in Hilfeplankonferenzen. Eine unabhängige Beratung auch von
1268 Betroffenen für Betroffene (Peer-Counseling) ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

1269 Wir werden die Barrierefreiheit in Baden-Württemberg weiter verbessern. Dafür wer-
1270 den wir den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen,
1271 Nahverkehr, Medien und kulturellem Leben in einem neuen Infrastrukturprogramm
1272 umsetzen. Ein Landeskompentenzentrum Barrierefreiheit unter dem Dach der Landes-
1273 arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe soll dazu beitragen, die fachlichen Aspekte umfassend
1274 abzudecken. Darüber hinaus werden wir die Schaffung barrierefreien Wohnraumes
1275 beschleunigen und den barrierefreien Tourismus ausbauen.

1276 Alle Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen sollen aus einer Hand
1277 kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort zusätzliche Mittel zu Verfügung ste-
1278 hen, um eine moderne und flächendeckende Unterstützung weiter auszubauen. Das
1279 Bundesteilhabegesetz soll neben dem vermögens- und einkommensunabhängigen
1280 Bundesteilhabegeld und vielen weiteren Verbesserungen für Menschen mit Behinde-
1281 rungen eine solide Grundlage hierfür schaffen. Wir wollen die ambulanten Angebote
1282 und bedarfsgerechte Hilfen stärken. Dazu werden wir den Ausbau dezentraler Angebo-
1283 te vorantreiben. Mit einem Landesinklusionsgesetz werden wir verbesserte Rahmen-
1284 bedingungen für ein lebensnahes Hilfsnetz schaffen. Hilfeleistungen sollen unabhän-
1285 gig davon genutzt werden, ob die Hilfe aufgrund einer Behinderung, einer Erkrankung
1286 oder Pflegebedürftigkeit notwendig ist. Maßgebend soll der Bedarf der Menschen sein
1287 und nicht die Orientierung an Kostenträgern und Kostenstellen. Wir wollen ein ganz-
1288 heitliches Unterstützungsnetz für Alle vor Ort erproben und fördern.

1289 **Kinder und Jugendliche stärken**

1290 Kinder haben ein Recht auf ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen. Unser Ziel ist
1291 die Verwirklichung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in Deutschland
1292 ebenso wie die Verwirklichung der Kinderrechte aus der UN-
1293 Behindertenrechtskonvention. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen in un-
1294 serem Land die gleichen Entwicklungschancen zu ermöglichen. Deshalb unterstützen
1295 wir seit mehreren Jahren unter anderem den Auf- und Ausbau der Frühen Hilfen im
1296 Rahmen unseres Kinderschutzkonzepts. Wir werden die bestehenden Programme ins-
1297 besondere im Bereich der Frühen Hilfen und der Prävention nach erfolgreicher Evalua-
1298 tion weiterführen und stärken. Dabei prüfen wir, ob erfolgreiche Projekte in dauerhafte
1299 Programme überführt werden können.

1300 Um die Kinderrechte zukünftig noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, ha-
1301 ben wir Kinder- und Jugendrechte in der Landesverfassung verankert. Um diese Rechte
1302 mit Leben zu füllen, werden wir unter anderem niedrigschwellige Beratungs- und
1303 Unterstützungsangebote ausbauen und generelle Schutzkonzepte für Institutionen

1304 entwickeln. Unser Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen, die sie
1305 mittelbar sowie unmittelbar betreffen, ihrem Alter entsprechend informiert, angehört
1306 und mit einbezogen werden, sowohl in ihren Familien als auch in Institutionen, Kom-
1307 munen und im Land. Auch aus diesem Grund haben wir das Kommunalwahlalter auf 16
1308 Jahre gesenkt und die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verbindlich in
1309 der Gemeindeordnung verankert.

1310 Nach Jahrzehnten des Stillstands haben wir die Jugendförderung deutlich erhöht, die
1311 Zahl der Jugendbildungsreferenten fast verdoppelt und durch die Absenkung der Al-
1312 tersgrenzen mehr Kindern- und Jugendlichen die Teilnahme an altersgerechten Semi-
1313 naren ermöglicht. In einem „Zukunftsplan Jugend“ haben wir gemeinsam mit den Ju-
1314 gendverbänden Weichenstellungen für die Entwicklung der Jugendarbeit vorgenom-
1315 men und hierfür zusätzliche Gelder bereitgestellt. Für uns hat außerschulische Jugend-
1316 arbeit einen sehr hohen Wert. Deswegen werden wir den „Zukunftsplan Jugend“ ge-
1317 meinsam mit den Verbänden fortschreiben, die strukturelle Finanzausstattung der Ju-
1318 gendarbeit weiter ausbauen und für eine Dynamisierung der Förderung der verbindli-
1319 chen Jugendarbeit sorgen.

1320 **Sportland Baden-Württemberg**

1321 In Baden-Württemberg sind über 3,7 Millionen Mitglieder in über 11.400 Sportvereinen
1322 engagiert. Der Sport leistet einen außerordentlich wichtigen und vielseitigen Beitrag
1323 für die Gesellschaft: Sport integriert, vermittelt Werte wie Toleranz, Fairness und Soli-
1324 darität, überwindet soziale und kulturelle Barrieren und dient der Gesundheitsvorsor-
1325 ge. Die Sportorganisationen und ihre Vereine leisten damit einen dauerhaften Beitrag
1326 zum Gemeinwohl. Weil wir um die wichtige Bedeutung des Sports wissen, haben wir
1327 mit der Fortschreibung des Solidarpakts Sports dafür gesorgt, dass die Sportorganisati-
1328 onen auch künftig ihre vielfältigen und zunehmenden Aufgaben bewältigen können
1329 und das Fördervolumen deutlich aufgestockt. Über die Laufzeit des Solidarpakts Sport
1330 III von 2017 bis 2021 werden dem Sport insgesamt 87,5 Millionen Euro zusätzlich zur
1331 Verfügung gestellt. Wir haben wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht und wer-
1332 den diese fortsetzen.

1333 Wir werden die Kooperationen von Schulen und Sportvereinen weiter stärken und uns
1334 dafür einsetzen, dass verlässliche und effiziente Koordinierungsstrukturen aufgebaut
1335 werden. Wir wollen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler darin unterstützen, dass
1336 sie ihre Ausbildung und ihren Beruf mit ihrer sportlichen Karriere vereinbaren können
1337 und den Ausbau inklusiver und integrativer Sportangebote weiter voranbringen. Darü-
1338 ber hinaus werden wir uns für eine umfassende Aufarbeitung der Dopingvergangen-
1339 heit in Baden-Württemberg einsetzen. Um Doping wirksam zu bekämpfen, werden wir
1340 die Ausstattung der Schwerpunktstaatsanwalt in Freiburg weiter verbessern und die
1341 Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und der Nationalen Anti Doping Agentur intensivie-
1342 ren.

1343 **Kunst und Kultur für alle**

1344 Kunst und Kultur sind Teil unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens. Sie stiften
1345 Identität und sind Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Ziel unserer Kulturpolitik ist es,

1346 die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die vielfältige Kunst- und Kulturszene in
1347 Baden-Württemberg zu schaffen. Orientiert an unseren vier Leitlinien Subsidiarität,
1348 Dezentralität, Pluralität und Liberalität haben wir die Kunstförderung verbessert und
1349 die Finanzmittel für den Kunst- und Kulturbereich erhöht. Wir haben die Empfehlun-
1350 gen der Kulturkonzeption „Kultur 2020“ umgesetzt und darüber hinaus einen Innova-
1351 tionsfonds Kunst eingerichtet.

1352 Diese verlässliche Förderung werden wir auch in Zukunft beibehalten. Die interkultu-
1353 relle Kulturarbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Städten und
1354 Kommunen ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Wir werden die Kulturkonzeption
1355 „Kultur 2020“ weiter konsequent umsetzen und den Innovationsfonds fortführen. Kul-
1356 turelle Teilhabe muss allen Menschen in Baden-Württemberg möglich sein, deshalb
1357 werden wir Kunst und Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich halten. Nach
1358 dem Grundsatz „Fördern in der Spitze und Breite“ werden wir etablierte Einrichtungen
1359 und Leuchtturmprojekte weiterentwickeln, die freie Kulturszene ausbauen, die Krea-
1360 tivwirtschaft stärken und eine feste Kooperation mit den Kultureinrichtungen im Land
1361 pflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine dauerhafte Verankerung von Kunst
1362 und Kultur im Schulalltag ein.

1363 Ein wichtiger Aspekt ist und bleibt die kulturelle Bildung. Der Ausbau der Schulen zu
1364 „echten“ Ganztagschulen ist dabei eine besondere Chance für die kulturelle Bildung,
1365 der in diesem Rahmen ein hoher Stellenwert zukommt. Die Möglichkeiten zur Koopera-
1366 tion zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen werden so in erheblichem
1367 Maße erweitert. Aber wir wollen auch im außerschulischen Bereich die kulturelle Bil-
1368 dung weiter fördern, indem Einrichtungen wie Museen und Theater, aber auch Musik-
1369 und Kunsthochschulen sowie Bibliotheken ihre bereits vielfältigen Vermittlungsange-
1370 bote auf alle Lebens- und damit Bildungsphasen erweitern können.

1371 **Exzellente Forschung und Studium**

1372 An den exzellenten und innovativen Hochschulen im Land lernen Studierende für die
1373 Gegenwart und ihre Zukunft, es wird in vielfältigen Bereichen mit großem Erfolg ge-
1374 forscht und Internationalität gelebt. Damit all dies gelingt, müssen Hochschulen in For-
1375 schung und Lehre Freiräume bieten und auf eine langfristige finanzielle Sicherheit
1376 bauen können. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, diese Freiräume für Hoch-
1377 schulen auszubauen und diese auch zu schützen. Wir haben eine solide Finanzbasis
1378 geschaffen und dazu einen rechtlichen Rahmen verankert, der es den Hochschulen er-
1379 möglicht, sich weiterzuentwickeln. Den Studierenden im Land haben wir durch demo-
1380 kratisch gewählte Vertretungen wieder eine starke Stimme gegeben.

1381 **Studieren in Baden-Württemberg**

1382 Die Hochschulen in Baden-Württemberg sind geprägt durch ihre Vielfältigkeit und ih-
1383 ren großen Erfolg. Insgesamt neun Landesuniversitäten, sechs Pädagogische Hochschu-
1384 len, über 20 staatliche Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, die Verwal-
1385 tungshochschulen, die Duale Hochschule Baden-Württemberg mit ihrer Vielzahl an
1386 Standorten und die Musik- und Kunsthochschulen, die kirchlichen Einrichtungen sowie
1387 jene in privater Trägerschaft bieten ein exzellentes und breites Angebot an Studien-

1388 gängen an. Die Attraktivität unserer Hochschulen zeigt sich auch darin, dass die Zahl
1389 der Studierenden heute so hoch ist wie nie zuvor.

1390 Wir bekennen uns zu dieser Vielfalt und werden sie auch zukünftig fördern. Das hohe
1391 Niveau an Studienplätzen werden wir erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Schon
1392 jetzt haben wir mit dem Programm „Master 2016“ mit der Erweiterung der Master-
1393 Studienplätze begonnen. Wir werden überprüfen, ob das Angebot an Masterplätzen
1394 auch der Nachfrage entspricht und – wenn nötig – Verschiebungen und Erhöhungen
1395 vornehmen.

1396 Weiter wollen wir den Aufbau von Studiengängen in den Gesundheits- und Erzie-
1397 hungsberufen voranbringen. Schon jetzt konnten wir durch ein Wettbewerbsverfahren
1398 primärqualifizierende Studiengänge der Pflegewissenschaft, der Physiotherapie und
1399 des Hebammenwesens etablieren. In einer Akademisierung im Management, in der
1400 Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in den Pflegewissenschaften sehen wir die Chan-
1401 ce, Abiturientinnen und Abiturienten für die „Pflege“ zu gewinnen. Mit Blick auf die
1402 direkte Pflege „am Bett“ hingegen besteht nur ein geringer Akademisierungsbedarf.
1403 Examierte Pflegefachkräfte leisten schon heute hervorragende Arbeit und sind aus
1404 unserer Sicht für die Herausforderungen der Zukunft sehr gut vorbereitet.

1405 An diesem Vorgehen halten wir auch zukünftig fest und werden eine Ausweitung auf
1406 weitere Berufe anstreben, in denen ebenfalls Bedarf an akademischen Fachkräften be-
1407 steht. Im Sinne der Transparenz in der Studienorientierung werden wir darauf achten,
1408 dass die Bachelor-Studiengänge fachlich breit gestaltet sind und so einen guten Über-
1409 blick über eine gesamte Fachrichtung bieten. Eine tiefergehende Ausdifferenzierung
1410 und Spezialisierung der Studienangebote sollte überwiegend im Masterbereich erfol-
1411 gen.

1412 **Gerechter Hochschulzugang – Öffnung der Hochschulen**

1413 Aufstieg durch Bildung für alle – das ist unser Versprechen. Deshalb haben wir gleich
1414 zu Beginn unserer Regierungszeit die Studiengebühren abgeschafft und den Hochschu-
1415 len ausreichend finanzielle Mittel zum Ausgleich bereitgestellt. Wir sorgen dafür, dass
1416 unsere Hochschulen auch beruflich Qualifizierten offen stehen und haben deshalb mit
1417 der Neufassung des Landeshochschulgesetzes einen berufsbegleitenden Weiterbil-
1418 dungsbachelor und den Zugang für Studieninteressierte mit Fachhochschulreife oder
1419 fachgebundener Hochschulreife erweitert. Auch ausländischen Studierenden erleich-
1420 tern wir den Zugang, indem wir sachwidrige Zulassungshürden beseitigt haben und
1421 insbesondere Geduldeten und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein Studium
1422 ermöglichen.

1423 Wir werden uns auch in Zukunft für mehr Bildungsgerechtigkeit an unseren Hochschu-
1424 len einsetzen und deren Öffnung vorantreiben. Wir werden flexible Studienwege för-
1425 dern und dabei spezielle Teilzeitstudienangebote und mehr Möglichkeiten zur indivi-
1426 duellen Studiengestaltung und zum E-Learning ermöglichen. Damit werden wir die
1427 Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium weiter verbessern. Auch den Hochschul-
1428 zugang für beruflich Qualifizierte werden wir ausbauen.

1429 Der zunehmenden Heterogenität der Studierenden werden wir durch einen Ausbau der
1430 Unterstützungsangebote vor, während und nach dem Studium gerecht werden. Wir
1431 befürworten die Einrichtung von mehr Studienplätzen in der Humanmedizin und die
1432 Aufwertung der Allgemeinmedizin durch Einrichtung entsprechender Lehrstühle. Wir
1433 unterstützen die notwendige Reform des Hochschulzugangs zum Medizinstudium und
1434 sehen hier die Notwendigkeit einer Stärkung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens
1435 mit größerer Berücksichtigung der erweiterten Auswahlkriterien wie abgeleistete Prak-
1436 tika, soziales Engagement oder eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung im
1437 Gesundheitswesen. Die Studentenwerke werden wir auch zukünftig bei der Schaffung
1438 von Wohnraum unterstützen.

1439 **Gute Arbeit an den Hochschulen**

1440 Als Landeseinrichtungen müssen auch die Hochschulen als Arbeitgeber Vorbild sein.
1441 Deshalb haben wir erstmals auch das Thema gute Arbeit in den Hochschulfinanzie-
1442 rungsvertrag aufgenommen. Unser Ziel ist es, die Anzahl der befristeten Beschäfti-
1443 gungsverhältnisse im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich deut-
1444 lich zu reduzieren. Um das zu erreichen, haben wir die Grundfinanzierung für die Hoch-
1445 schulen um drei Prozent pro Jahr erhöht und die Voraussetzungen für mehr Dauerstel-
1446 len und Entfristungen bestehender Arbeitsverhältnisse geschaffen. Arbeitsverträge mit
1447 einer Laufzeit von unter zwei Jahren dürfen nur noch in begründeten Ausnahmefällen
1448 geschlossen werden. Gute Arbeit bedeutet auch Chancengleichheit für Frauen und
1449 Männer. Deshalb haben wir das Amt der Gleichstellungsbeauftragten finanziell besser
1450 ausgestattet und durch ein Stimmrecht in Berufungs- und Auswahlkommissionen so-
1451 wie eine beratende Mitgliedschaft im Hochschulrat gestärkt.

1452 Wir werden uns auch weiterhin für sichere Arbeitsplätze und planbare Berufsperspek-
1453 tiven an unseren Hochschulen einsetzen. Für uns gilt das Prinzip: Dauerstellen für Dau-
1454 eraufgaben. Deshalb werden wir die Entfristung von Arbeitsverhältnissen vorantrei-
1455 ben, sodass die Hochschulen bis Ende 2016 die Möglichkeit wahrnehmen, 3.800 Stellen
1456 unbefristet zu besetzen. Im Sinne der befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und
1457 Mitarbeiter werden wir darauf achten, dass die von den Hochschulen verabschiedeten
1458 Selbstverpflichtungen zur Befristung von Arbeitsverträgen im wissenschaftlichen und
1459 nicht-wissenschaftlichen Bereich auch umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere hin-
1460 sichtlich der Begrenzung von Verträgen mit einer Laufzeit von unter zwei Jahren und
1461 der Regelung über Befristungen bei Daueraufgaben im wissenschaftsunterstützenden
1462 Bereich. Selbstverständlich soll unser Anspruch an gute Arbeit auch bei studentisch
1463 Beschäftigten Anwendung finden.

1464 Frauen sind in der Wissenschaft unterrepräsentiert. Im Verlauf einer wissenschaftli-
1465 chen Karriere – vom Studium über die Promotion und Juniorprofessur oder Habilitation
1466 bis zur Professur – nimmt der Frauenanteil kontinuierlich ab. Im Sinne der Gleichstel-
1467 lung an Hochschulen und der Verbesserung der Perspektiven von Frauen in der baden-
1468 württembergischen Wissenschaft wurde mit der Novellierung des Landeshochschulge-
1469 setzes sowie des Hochschulfinanzierungsvertrags „Perspektive 2020“ vieles auf den
1470 Weg gebracht. Wir haben Standards für professionelle und gendergerechte Berufungs-
1471 verfahren eingeführt und den Gleichstellungsbeauftragten ein Stimmrecht gegeben.

1472 Durch die neuen Tenure Track-Regelungen schaffen wir Juniorprofessuren mit verläss-
1473 licher Beschäftigungsperspektive. Wir sichern Qualität durch individuelle gleichstel-
1474 lungsbezogene Kennzahlen sowie individuelle Ziel- und Zeitvorgaben für die Erhöhung
1475 des Frauenanteils (Kaskadenmodell). Auch haben wir die finanzielle Grundausstattung
1476 für die Gleichstellungsbeauftragten an den Universitäten verbessert.

1477 Unser Ziel ist es, die individuellen Kennzahlen und Zielvorgaben der Hochschulen kon-
1478 tinuierlich zu steigern und auch die Ausstattung an den Hochschulen für Angewandte
1479 Wissenschaften zu verbessern.

1480 **Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**

1481 Wir sorgen dafür, dass unsere Hochschullandschaft im Wettbewerb um vielverspre-
1482 chende junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegenüber der Wirtschaft
1483 und ausländischen Forschungseinrichtungen konkurrenzfähig bleibt. Dafür haben wir
1484 die Juniorprofessuren gestärkt und eine frühere Selbstständigkeit in Forschung und
1485 Lehre ermöglicht. Mit einer verbindlichen Tenure Track-Regelung wird in einem quali-
1486 tätsgesicherten Verfahren die Übernahme auf eine W3-Professur gewährleistet. Mit
1487 der Einführung verbindlicher Betreuungsvereinbarungen zwischen den Doktorandin-
1488 nen und Doktoranden und ihren betreuenden Hochschullehrerinnen und Hochschul-
1489 lehrern sowie der Einführung von Ombudspersonen für Konfliktfälle und Doktoranden-
1490 Konventen als Beratungsgremium haben wir die Promotionsverfahren verbessert.

1491 Wir setzen uns auch künftig für gute Karriereperspektiven des wissenschaftlichen
1492 Nachwuchses ein. Dafür werden wir die Juniorprofessur mit Tenure Track weiter aus-
1493 bauen und auf Habilitierte und Nachwuchsgruppenleiterinnen und -leiter erweitern.
1494 Wir werden den akademischen Mittelbau stärken und attraktive Personalkategorien
1495 unterhalb der Professur schaffen. Wir unterstützen die weitere Öffnung der Universitä-
1496 ten für die Promotion in Kooperation mit den Hochschulen für Angewandte Wissen-
1497 schaften. Wir werden aber auch in Zukunft weiter das Ziel verfolgen, mit der so ge-
1498 nannten Experimentierklausel im Landeshochschulgesetz das befristete Promotions-
1499 recht für Hochschulverbände der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Real-
1500 tät werden zu lassen.

1501 **Verlässliche Finanzierung**

1502 Wir schaffen Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Hochschulen im Land. Die Hoch-
1503 schulen in Baden-Württemberg erhalten deshalb in den Jahren 2015 bis 2020 rund 1,7
1504 Milliarden Euro zusätzlich. Mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“
1505 haben wir erreicht, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen jährlich um mindes-
1506 tens drei Prozent steigt. Und wir haben die Mittel für den Hochschulbau deutlich er-
1507 höht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Hochschulen im Land nicht mehr aufgrund ei-
1508 ner veralteten Kostenpauschale auf ihren Energiekosten sitzen bleiben und wichtige
1509 Mittel für die Lehre „verheizt“ werden müssen. Wir haben durchgesetzt, dass baureife
1510 Projekte derzeit und in Zukunft gebaut werden. Die besondere Kostenstruktur bei der
1511 Universitätsmedizin wird durch eine zusätzliche Förderlinie finanziert.

1512 **Spitze in der Forschung – anwendungs- und innovationsorientiert**

1513 In Baden-Württemberg trifft eine forschungsstarke Industrie auf eine vielfältige Hoch-
1514 schul- und Forschungslandschaft. Auch deshalb nehmen wir eine Spitzenposition in-
1515 nerhalb der Forschungslandschaft ein. Damit dies so bleibt, brauchen unsere Forsche-
1516 rinnen und Forscher finanzielle Planungssicherheit, die Bereitstellung moderner Infra-
1517 strukturen und ein forschungs-und innovationsfreundliches Klima. Wir setzen deshalb
1518 auf eine umfangreiche Cluster- und Netzwerkstrategie zur Vernetzung von Wissen-
1519 schaft, Wirtschaft und weiteren Akteuren, beispielsweise den Landesagenturen und
1520 den Berufs- und Industrieverbänden. Durch die Erhöhung der Grundfinanzierung ha-
1521 ben wir eine verlässliche finanzielle Basis geschaffen – ebenso durch die vielfältigen
1522 Förderprogramme zur weiteren Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
1523 die das Fundament und die Zukunft unserer leistungsstarken Forschung sind.

1524 Unser Ziel ist der weitere Ausbau des Wissens- und Technologietransfers zwischen den
1525 Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Wirt-
1526 schaft und Gesellschaft. Wir werden die angewandte Forschung gezielt fördern und
1527 stärken. Dabei liegt unser Augenmerk vor allem auf der Unterstützung des Ausbaus der
1528 Kooperation von Hochschulen und kleineren und mittleren Unternehmen, um wichtige
1529 Innovationen in den einzelnen Regionen voranzubringen.

1530 Baden-Württemberg ist das erfolgreichste Land in der Exzellenzinitiative von Bund und
1531 Ländern. Mit den Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen befinden sich drei
1532 der bundesweit insgesamt elf Exzellenzuniversitäten in Baden-Württemberg. Fest
1533 steht, die Exzellenzinitiative geht auch 2017 weiter. Wir setzen uns beim Bund dafür
1534 ein, dass die exzellenten Universitätsstandorte im Land auch in der nächsten Runde
1535 wieder ihre Chance bekommen. Allerdings wollen wir keine Konzentration auf nur drei
1536 bundesweite Spitzenforschungsstandorte: Die Gefahr ist groß, dass aus politischen
1537 Gründen die Exzellenz in Baden-Württemberg bei der nächsten Vergaberunde nicht die
1538 Beachtung und Förderung findet, die ihr aufgrund ihrer Leistungs- und Innovationsfä-
1539 higkeit zusteht. Auch den Ansatz einer weiteren Exzellenz-Förderlinie „Exzellente
1540 Hochschulnetzwerke für Innovation“ für regionale Zusammenschlüsse von Universitä-
1541 ten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, außeruniversitären Instituten und
1542 Unternehmen werden wir im Bund unterstützen.

1543 **Hochschule 4.0 – Digitalisierung der Lehre**

1544 Der digitale Wandel stellt auch den Bereich der Bildung und Wissenschaft vor neue An-
1545 und Herausforderungen. Digitale Medien und Bildungsangebote bieten neue Möglich-
1546 keiten, das Lernen zu unterstützen und den Zugang zur Bildung zu erweitern. Die
1547 Hochschulen sollen hier eine Schlüsselrolle einnehmen und die digitalen Technologien
1548 als Mittel zur Optimierung in diversen Leistungsbereichen, insbesondere zur Weiter-
1549 entwicklung und Verbesserung der Lehre nutzen – als verstärkte Ergänzung und Erwei-
1550 terung der klassischen Präsenzlehre. Die Bedeutung digitaler Angebote für Hochschu-
1551 len wächst auch mit der zunehmenden Heterogenität von Studieninteressierten und
1552 Studierenden, ermöglicht leichtere Bildungsübergänge und bietet die Möglichkeit einer
1553 breiten Öffnung und Durchlässigkeit von Bildung in der Gesellschaft. Damit eröffnen
1554 sich neue Möglichkeiten für individuelle Bildungschancen und –karrieren und es er-

1555 schließen sich neue Zielgruppen im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Wir werden
1556 in den nächsten Jahren den Ausbau der lernendenzentrierten eLearning-Ansätze und
1557 die Entwicklung der Open Educational Resources (OER) in Baden-Württemberg voran-
1558 treiben und die entsprechende Etablierung der notwendigen Strukturen fokussieren.
1559 Auf diesem Weg ermöglichen wir den Studierenden ein selbstbestimmteres Studium,
1560 welches Freiräume für eine individuelle Studiengestaltung schafft.

1561 **Solide Finanzen**

1562 Die Menschen im Land erwarten von uns eine solide Haushaltspolitik. Nils Schmid ist
1563 der erfolgreichste Finanzminister in der Geschichte unseres Landes. Viermal innerhalb
1564 einer Legislaturperiode hat er einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt – und das
1565 obwohl die Vorgängerregierung ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro hinter-
1566 lassen hatte. Der Erfolg unserer nachhaltigen Konsolidierungspolitik zeigt sich auch
1567 darin, dass das Land 2015 für seine Kreditwürdigkeit erneut die Bestnote „AAA“ erhal-
1568 ten hat. Wir haben gezeigt: Es sind die Roten, die für schwarze Zahlen stehen.

1569 **Solide Haushaltspolitik fortsetzen**

1570 Wir gestalten die soziale und wirtschaftliche Modernisierung des Landes mit einer soli-
1571 den Finanzpolitik ohne Neuverschuldung. Mit uns werden die Rechnungen von heute
1572 nicht zulasten zukünftiger Generationen auf morgen verschoben, denn hohe Schulden
1573 und Zinszahlungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Gleichzeitig
1574 steht unser Weg der Konsolidierung nicht im Widerspruch zu zentralen Zukunftsinves-
1575 titionen: Wir investieren massiv in Bildung und bauen den Sanierungs- und Investiti-
1576 onsstau bei Landesstraßen, Hochschulbauten und Kliniken Schritt für Schritt ab. Damit
1577 mehr Geld in unserem starken Land bleibt, haben wir uns für eine Reform der Bund-
1578 länder-Finanzbeziehungen eingesetzt und eine Einigung erzielt, mit der Baden-
1579 Württemberg künftig um fast eine Milliarde Euro deutlich entlastet wird.

1580 Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen und die Haushaltskonsolidierung
1581 weiter vorantreiben. Im Jahr 2019 werden wir beginnen Schulden abzubauen. Dafür
1582 müssen wir auch weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes kritisch überprüfen und
1583 neue Maßnahmen auf ihre Finanzierbarkeit hin prüfen. Klar ist aber auch: Ein ausgegli-
1584 chener Haushalt ist nicht nur über Einsparungen zu erreichen. Deswegen werden wir
1585 uns für stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf Landesebene
1586 einsetzen.

1587 **Steuergerechtigkeit verwirklichen**

1588 Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir uns auf Bun-
1589 desebene dafür einsetzen, die Effekte der kalten Progression zu kompensieren. Wir sind
1590 davon überzeugt, dass der ursprünglich richtige Ansatz der niedrigen Abgeltungssteuer
1591 auf Kapitaleinkünfte durch den internationalen Datentausch und die höhere Transpa-
1592 renz an Bedeutung verloren hat. Unser Ziel ist es, dass Kapital und Arbeit in der Beste-
1593 erung wieder gleichbehandelt werden. Ferner werden wir uns für eine faire Reform der
1594 Erbschaftssteuer einsetzen.

1595 **Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung**

1596 Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt und schadet unserem Gemeinwesen. Ob Steuer-
1597 vermeidung internationaler Konzerne oder die Steuerhinterziehung von Einzelperso-
1598 nen – die Zeche zahlen am Ende immer die Bürgerinnen und Bürger, denen die Lohn-
1599 steuer automatisch abgezogen wird, sowie kleine und mittlere Unternehmen. Jedes
1600 Jahr gehen dem Staat Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung und Steuerschlupf-
1601 löcher verloren. Dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft für Investitionen in Kindergärten
1602 und Schulen, Straßenbau und bezahlbaren Wohnraum, Forschung und Innovation.

1603 Deshalb haben wir das Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert, das einen Frei-
1604 fahrtschein für Steuersünderinnen und Steuersünder bedeutet hätte. Stattdessen ha-
1605 ben wir uns für eine Verschärfung der Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige stark
1606 gemacht und uns an der Anschaffung angebotener Steuerdaten („Steuer-CDs“) betei-
1607 ligt. Auch haben wir 500 neue Stellen und 500 zusätzliche Ausbildungsstellen in der
1608 Steuerverwaltung geschaffen und uns für eine verbesserte Koordinierung bei der Steu-
1609 erprüfung zwischen den Bundesländern eingesetzt. Mit Erfolg: Seit 2011 sind knapp
1610 30.000 Selbstanzeigen von Steuerbetrügerinnen und Steuerbetrügern bei den Finanz-
1611 ämtern eingegangen, die dem Land steuerliche Mehreinnahmen von über 700 Millio-
1612 nen Euro eingebracht haben.

1613 Wir werden unseren Weg der Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung und illega-
1614 ler Steuervermeidung fortsetzen und diese mit allen Mitteln bekämpfen. Dafür werden
1615 wir uns auch zukünftig am Ankauf von Steuer-CDs beteiligen und die Steuerfahndung
1616 weiter personell stärken. Darüber hinaus werden wir uns für volle Transparenz zwi-
1617 schen den OECD-Steuerbehörden einsetzen und all unsere Gestaltungs- und Mitbes-
1618 timmungsmöglichkeiten nutzen, um Steuerschlupflöcher für internationale Konzerne
1619 zu schließen und Steueroasen trocken zu legen.

1620 **Integration gestalten**

1621 Das Gelingen von Integration ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft unse-
1622 res Landes. Über ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben
1623 einen Migrationshintergrund – wir sind ein Einwanderungsland. Wir wollen die Chan-
1624 cen dieser Vielfalt nutzen und den Zuwanderern die Möglichkeit geben, in allen Le-
1625 bensbereichen unserer Gesellschaft teilzuhaben.

1626 **Integrationspolitik aus einer Hand**

1627 Wir haben die Integrationspolitik vom Rand ins Zentrum der Landespolitik gerückt und
1628 mit der Schaffung eines eigenständigen Ministeriums fest auf der politischen Agenda
1629 etabliert. So gestalten wir Integrationspolitik aus einer Hand. Wir sind überzeugt, dass
1630 eine weitsichtige Integrationspolitik ein gutes Verständnis davon verlangt, wie Integra-
1631 tion gelingt und in welchen Bereichen noch Nachholbedarf besteht. Deshalb haben wir
1632 das Landesnetzwerk für Integrationsforschung geschaffen und stellen unsere Integra-
1633 tionspolitik damit auf eine fundierte wissenschaftliche Basis. Darüber hinaus haben
1634 wir den Landesbeirat für Integration eingerichtet und verleihen den Zuwanderinnen
1635 und Zuwanderern eine starke Stimme im Land. Zukünftig werden wir in jeder Legisla-

1636 turperiode einen Landesintegrationsbericht vorlegen. Mit dem Landesbeirat für Integ-
1637 ration werden wir eine kooperative Partnerschaft pflegen.

1638 Die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums für Integration war ein wichtiger
1639 Schritt. Doch damit Integration gelingt, müssen die einzelnen institutionellen Ebenen
1640 miteinander verzahnt arbeiten. Deshalb werden wir Ausländerrecht und Integrations-
1641 politik in Zukunft stärker miteinander verknüpfen und die entsprechenden Strukturen
1642 in der Landesverwaltung zusammenführen. Baden-Württemberg soll in Sachen Integ-
1643 ration und Zuwanderung einen einzigen Ansprechpartner bieten. Das bedeutet auch
1644 die interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen gezielt zu fördern.

1645 **Kommunale Integrationsstrukturen stärken**

1646 Integration findet zuerst in den Kreisen, Städten und Gemeinden statt. Wir stärken
1647 kommunales Engagement und fördern den Aufbau von Strukturen vor Ort. Dafür ha-
1648 ben wir Integrationsbeiräte, -ausschüsse und -beauftragte in den Kommunen gestärkt
1649 und besonders integrationsintensive Städte wie Mannheim, Pforzheim und Freiburg
1650 gezielt gefördert. Wir werden die kommunalen Integrationsstrukturen auch künftig
1651 stärken. Dafür werden wir die Einrichtung von Integrationsbeauftragten in allen Stadt-
1652 und Landkreisen fördern und eine Regelförderung für kommunale Integrationsarbeit
1653 auflegen.

1654 **Als Land Vorbild sein**

1655 Mit uns werden das Land Baden-Württemberg und seine Verwaltung zum Vorbild für
1656 gelungene Integration. Wir sind davon überzeugt: Eine Verwaltung, die zunehmend
1657 gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelt, ist nicht nur bürgernäher, sondern auch leis-
1658 tungsfähiger. Deshalb haben wir den öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Mig-
1659 rationshintergrund geöffnet. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen und
1660 den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung wei-
1661 ter steigern. Wir kämpfen gegen den beschämenden Zusammenhang zwischen fremd-
1662 ländisch klingenden Namen und Bewerbungserfolg. Dabei werden wir als Land mit gu-
1663 tem Beispiel voran gehen und für alle Stellenausschreibungen der Ministerien und Re-
1664 gierungspräsidien anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen.

1665 **Den Islam als Teil unserer religiösen Vielfalt anerkennen**

1666 Religiöse und gesellschaftliche Vielfalt findet im Grundkonsens unserer Gesellschaft ihr
1667 Zuhause. Leider erleben wir vermehrt, dass Ängste auf bestimmte Ethnien und „den
1668 Islam“ projiziert werden. Gleichzeitig gibt es einzelne, die außerhalb unserer Gesell-
1669 schaft in einer „Parallelstruktur“ leben. Beide Tendenzen müssen wir verhindern. Wir
1670 machen deutlich: Menschen muslimischen Glaubens sind Teil unserer Gesellschaft. Die
1671 SPD setzt sich für Verständigung und Dialog ein. Deshalb haben wir den „Runden Tisch
1672 Islam“ eingerichtet. Dort arbeiten Vertreterinnen und Vertreter sowohl der Muslime als
1673 auch aus den Ministerien im Dialog an einer besseren Verständigung zwischen den
1674 Kulturen. Auch den Modellversuch zum islamischen Religionsunterricht an unseren
1675 Schulen haben wir ausgeweitet. Darüber hinaus sorgen wir mit unserem Modellprojekt
1676 für muslimische Krankenhauseelsorge für eine bessere seelsorgerische Betreuung
1677 muslimischer Menschen in unseren Krankenhäusern. In der kommenden Legislaturpe-

1678 riode werden wir die Einbindung der Muslime weiter stärken und den „Runden Tisch
1679 Islam“ zu einem islamischen Beirat des Landes weiterentwickeln. Ferner werden wir ein
1680 flächendeckendes Angebot an muslimischen Seelsorgerinnen und Seelsorgern in Kran-
1681 kenhäusern sowie Justizanstalten bis 2020 einrichten.

1682 **Motor der Integrationspolitik auf Bundesebene**

1683 Auch auf Bundesebene ist Baden-Württemberg zum Motor für gelungene Integra-
1684 tionspolitik geworden. Mit unserem Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Options-
1685 pflicht für in Deutschland geborene Kinder haben wir wesentlich zu einem zeitgemä-
1686 ßen Staatsangehörigkeitsrecht beigetragen. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb
1687 werden wir in den kommenden Jahren alle unsere Gestaltungs- und Mitbestim-
1688 mungsmöglichkeiten nutzen, die Vorrangprüfung für Drittstaatsangehörige beim Zu-
1689 gang zum Arbeitsmarkt abzuschaffen und ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz ein-
1690 zuführen. Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das
1691 kommunale Wahlrecht für Drittstaatangehörige eingeführt wird.

1692 **Flucht und Asyl – human handeln**

1693 Krieg und Verfolgung sind hauptsächlich Ursache dafür, dass viele Menschen ihre Hei-
1694 mat verlassen. Die meisten fliehen innerhalb ihrer Heimatstaaten oder in Nachbarlän-
1695 der. Schon aufgrund ihrer Geschichte steht die Sozialdemokratie zum Grundrecht auf
1696 Asyl. Wir wollen verfolgten und bedrohten Menschen, die in Baden-Württemberg Zu-
1697 flucht suchen, Schutz bieten und Bleibeberechtigte so schnell wie möglich integrieren.
1698 Sie sollen Teil unserer vielfältigen, solidarischen Gesellschaft sein. Wir arbeiten mit
1699 Nachdruck daran, dass es endlich eine Lösung auf europäische Ebene gibt. Europa
1700 braucht nicht nur den Schutz seiner Außengrenzen, sondern einheitliche Standards zur
1701 Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sowie ein faires und funktionierendes
1702 Verteilungssystem, das für alle EU-Mitgliedsstaaten gilt. Auch die Bekämpfung der Ur-
1703 sachen von Flucht und Vertreibung muss künftig stärker in den Fokus des politischen
1704 Handelns rücken.

1705 Unser Land wird sich durch die Aufnahme von Flüchtlingen verändern. Dieser Prozess
1706 darf aber nicht dazu führen, dass Ängste, Ressentiments oder gar Fremdenfeindlichkeit
1707 entstehen, weil sich Teile der Bevölkerung in unserer Gesellschaft benachteiligt fühlen.
1708 Die SPD steht für sozialen Zusammenhalt. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine
1709 moderne Gesellschaft. Asylsuchende brauchen von Anfang an Perspektiven: Eine
1710 schnelle Integration für diejenigen, die bleiben werden, und die Option für eine legale
1711 Zuwanderung für all jene, denen das Asylrecht keine Bleibeperspektive eröffnen kann.
1712 Ein modernes Zuwanderungsrecht stärkt unser grundgesetzlich verankertes Asyl-
1713 recht. Wir stehen für eine Gesellschaft, die die soziale Infrastruktur, Qualifizierung von
1714 Asylsuchenden und Stärkung unseres Gemeinwesens als Aufgaben begreift.

1715 **Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung**

1716 Die SPD in Regierungsverantwortung meistert die Herausforderungen bei der Flücht-
1717 lingsunterbringung und Versorgung im gemeinsamen Schulterschluss von Land, Kom-
1718 munen und Ehrenamtlichen. Wir haben unter der Regie des Integrationsministeriums
1719 zusammen mit allen betroffenen Ministerien und den kommunalen Spitzenverbänden

1720 eine Lenkungsgruppe geschaffen, die zielorientiert, unbürokratisch und schnell alle
1721 notwendigen Schritte einleiten und Lösungen herbeiführen kann. Wir haben die Kapa-
1722 zitäten in der Erstaufnahme massiv erhöht und ein Sonderprogramm für die Schaffung
1723 von Wohnraum für Flüchtlinge aufgelegt. Mit der Neufassung des Flüchtlingsaufnah-
1724 megesetzes haben wir die Standards zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung
1725 von Flüchtlingen verbessert und zudem die finanzielle Unterstützung für die Kommu-
1726 nen massiv ausgebaut.

1727 Wir wollen Flüchtlinge dezentral unterbringen. So wird es besser gelingen, Überlastun-
1728 gen einzelner Standorte und Kommunen zu verhindern und gleichzeitig die Integrati-
1729 onschancen für die Asylsuchenden zu verbessern.

1730 Wir werden die Erstaufnahmeeinrichtungen (LEAs) nach Bedarf weiter ausbauen und
1731 streben dabei landesweit eine gerechtere Verteilung in den Regionen an. Bei Menschen
1732 aus sicheren Herkunftsstaaten wollen wir die gesetzlich befristete Aufenthaltsdauer in
1733 Erstaufnahmeeinrichtungen nutzen, um das gesamte Asylverfahren innerhalb dieser
1734 Zeit endgültig abzuschließen. Wir wollen die Phase in der Erstaufnahme als Einstieg in
1735 die Integration nutzen, indem wir dort die Qualifikationen erheben und Beratungen zur
1736 Arbeitsaufnahme anbieten, zugleich aber auch die Grenzen des Asylrechts vermitteln.

1737 Um die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu verbessern und ihnen einen unbü-
1738 rokratischen Zugang zum Arzt zu ermöglichen, werden wir eine Gesundheitskarte für
1739 Flüchtlinge einführen. Die Karte umfasst die gesetzlichen Leistungen. Viele Asylsu-
1740 chende haben Schreckliches erlebt und benötigen umfassende psychologische Betreu-
1741 ung. Deshalb wollen wir den Zugang zu psychologischer Behandlung insbesondere für
1742 traumatisierte Frauen und Kinder verbessern. Dafür werden wir die psychosozialen
1743 Zentren im Land besser ausstatten.

1744 **Integration und Teilhabe**

1745 Wer Asyl oder subsidiären Schutz erhält, hat Anspruch auf Integration und Teilhabe.
1746 Damit die Menschen sich in unsere Gesellschaft integrieren, brauchen sie alle Möglich-
1747 keiten, um ihre Potentiale bestmöglich entfalten zu können. Die SPD in Baden-
1748 Württemberg fördert und fordert Integration. Deshalb eröffnen wir den Weg zum
1749 Spracherwerb, in unser Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt. Unser Bildungssys-
1750 tem wird unterstützt und noch gerechter gemacht. Der Ausbau der Kita-Plätze, eine
1751 bessere Sprachförderung im Kindergarten, Gemeinschafts- und Ganztagschulen, ein
1752 gebührenfreier Zugang zu Universitäten unabhängig vom Aufenthaltsstatus – das alles
1753 sind gute Voraussetzungen für eine schnelle Integration der Menschen, die dauerhaft
1754 bei uns bleiben werden.

1755 Wir haben inzwischen fast 1900 Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden und be-
1756 rufsvorbereitenden Schulen eingerichtet, an denen wir intensive Sprachförderung be-
1757 treiben. Dafür haben wir bereits über 1100 zusätzliche Lehrerstellen für Vorbereitungs-
1758 klassen geschaffen. Zusammen mit dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst
1759 (DAAD) haben wir ein Stipendienprogramm für syrische Flüchtlinge aufgelegt, damit
1760 diese ihr begonnenes Studium in Baden-Württemberg fortsetzen und zu Ende bringen
1761 können.

1762 Mit unserem Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeits-
1763 markt öffnen“ haben wir eine Basisförderung für all jene Asylsuchenden und Flüchtlin-
1764 ge geschaffen, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundesamtes für Mig-
1765 ration und Flüchtlinge (BAMF) oder den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit ha-
1766 ben. Zugangshürden zum Arbeitsmarkt bauen wir ab. Wir bieten aber auch einen
1767 Spracherwerb bis zum mittleren und hohen Niveau an, denn vielfach werden diese
1768 Sprachkenntnisse benötigt, um als Fachkraft Fuß zu fassen. Mit dem Programm „Integ-
1769 ration durch Ausbildung – Perspektiven für Flüchtlinge“ setzen wir Anreize für baden-
1770 württembergische Betriebe, gezielt in die Ausbildung von Flüchtlingen zu investieren
1771 und somit langfristig Fachkräfte heranzubilden.

1772 **Transparente Arbeitsmigration ermöglichen**

1773 Neben jenen, die vor Krieg Terror und Verfolgung zu uns fliehen, kommen auch Men-
1774 schen zu uns, die ein besseres Leben und Arbeit suchen. Der Weg über das Asylrecht
1775 eröffnet für sie keine Zukunftsperspektive, sondern führt in eine Sackgasse. Deshalb
1776 brauchen wir ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln. Wir werden
1777 uns im Bund dafür einsetzen, den Wirrwarr aus über 50 verschiedenen Aufenthaltsti-
1778 teln aufzulösen und endlich ein modernes Einwanderungsgesetz zu schaffen, das
1779 transparente Wege für eine legale Arbeitsmigration nach Deutschland eröffnet.

1780 **Starkes Gemeinwesen und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

1781 In den vergangenen Monaten hat unser Land große Hilfsbereitschaft gezeigt. Die vielen
1782 lokalen Flüchtlingsinitiativen und alle Ehrenamtlichen leisten dabei Beispiellooses –
1783 mitunter bis zur Erschöpfung. Dieses Engagement stärken wir durch finanzielle Förde-
1784 rung, aber auch durch Qualifizierung und Vernetzung. Doch es braucht auch professio-
1785 nelle Strukturen, damit aus freiwilligem Engagement nicht Überforderung wird. Die
1786 ehrenamtlich Tätigen sind auf hauptamtliche Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte
1787 in den Landkreisen, Städten und Gemeinden angewiesen, die das Engagement der vie-
1788 len Helferinnen und Helfer koordinieren. Hier braucht es staatliche Unterstützung,
1789 damit wichtige Informationen bereitgestellt und Angebote zur Qualifizierung und
1790 Nachbereitung geschaffen werden können. Aus diesem Grund werden wir die Förde-
1791 rung der Integrationsarbeit in den Kommunen fortsetzen.

1792 Darüber hinaus müssen wir den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt för-
1793 dern. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Neidde-
1794 batten, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz.

1795 **Weltoffen im Herzen Europas**

1796 Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas und wie kaum ein anderes Bundesland
1797 profitieren wir von der europäischen Einigung – gesellschaftlich, ökonomisch und kul-
1798 turell. Deshalb gestalten wir Europapolitik aktiv mit: Sei es mit unseren direkten Nach-
1799 barinnen und Nachbarn, in regionalen Partnerschaften oder im Rahmen der Donau-
1800 raumstrategie. Unsere Verantwortung macht aber nicht an den Grenzen des Konti-
1801 nents Halt. Als weltoffenes Land gehört eine aktive Entwicklungszusammenarbeit zu
1802 unserem Selbstverständnis.

1803 **Gemeinsam für Europa – Europa der Regionen**

1804 Europa spielt sich nicht nur in Brüssel und in den europäischen Institutionen ab, son-
1805 dern vor allem in den Regionen. Für uns gibt es keinen Widerspruch zwischen regiona-
1806 ler Identität und europäischer Zusammenarbeit. Im Gegenteil: Europäische Einheit gibt
1807 es nur durch regionale Vielfalt. Deshalb haben wir die regionale Zusammenarbeit, wie
1808 zum Beispiel in den „Vier Motoren für Europa“, ausgebaut und die Donaoraumstrategie
1809 maßgeblich gestaltet. Seit 2015 ist die baden-württembergische Landesvertretung in
1810 Brüssel Sitz des „Danube Strategy Point“, der die Umsetzung der Donaoraumstrategie
1811 mitverantwortet. Durch unsere aktive Europapolitik erschließen wir baden-
1812 württembergischen Unternehmen neue Standorte und gewinnen dringend benötigte
1813 Fachkräfte. Wir wollen auch in Zukunft eine aktive Europapolitik betreiben. Angesichts
1814 der Flüchtlingsthematik gilt dies vor allen Dingen für die Donaoraumstrategie, durch
1815 die wir den Balkanstaaten eine bessere politische und ökonomische Perspektive eröff-
1816 nen wollen. Darüber hinaus werden wir über unsere Verwaltungshochschulen und Sti-
1817 pendienprogramme Hilfe zur Stärkung der Verwaltungen in Südosteuropa leisten.

1818 **Auf gute Nachbarschaft**

1819 Gute Nachbarschaft ist fester Bestandteil baden-württembergischer Identität. Dies gilt
1820 insbesondere für unsere Wirtschaft. Als innovativste und forschungsintensivste Region
1821 in ganz Europa profitieren baden-württembergische Unternehmen schon immer vom
1822 regen Austausch mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn – sei es durch Arbeitskräfte,
1823 Absatzmärkte oder grenzüberschreitende Forschung. In den letzten Jahren haben wir
1824 zahlreiche Projekte zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den
1825 Weg gebracht, beispielsweise das Projekt „Bodensee-Plattform Innovation 4.0“, in dem
1826 Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammengebracht werden,
1827 um Erfahrungen mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung
1828 auszutauschen. Auch dem Fachkräftemangel wollen wir grenzüberschreitend begegnen.
1829 Durch die Förderung der binationalen Ausbildung zwischen dem Elsaß und Baden-
1830 Württemberg haben wir bereits zahlreichen Jugendlichen auf deutscher wie französi-
1831 scher Seite eine Ausbildung im jeweiligen Nachbarland ermöglicht. Wir werden den
1832 Dialog mit unseren Nachbarn weiter pflegen, auch durch neue Initiativen, wie die Ent-
1833 wicklung einer Schweiz-Strategie.

1834 **Mehr Fördermittel für Baden-Württemberg**

1835 Wir setzen uns gezielt dafür ein, Fördermittel aus Fonds und Programmen der EU für
1836 Projekte in Baden-Württemberg einzuwerben. Mit der SPD in Regierungsverantwortung
1837 hat Baden-Württemberg mehr europäische Fördermittel aquiriert als alle Vorgän-
1838 gerregierungen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und durch aktive Interessenvertre-
1839 tung in Brüssel verstärken. Um unsere Bemühungen weiter zu intensivieren, werden
1840 wir eine Projektentwicklungsagentur des Landes gründen, um baden-
1841 württembergische Akteure zusammenzubringen und bei der Entwicklung von Projekt-
1842 ideen und der Antragsstellung zu begleiten.

1843 **Freihandelsabkommen transparent und fair gestalten**

1844 Mit seiner exportstarken Wirtschaft profitiert Baden-Württemberg in besonderem
1845 Maße von der Globalisierung. Diese in Freihandelsabkommen wie TTIP aktiv zu gestal-

1846 ten, liegt daher in unserem ureigenen Interesse. Wir begreifen TTIP als Chance auf glo-
1847 bale Standards Einfluss zu nehmen, den Exporthandel mit den USA über den Abbau
1848 von Handelshemmnissen weiter zu beleben und unsere Wirtschaft, insbesondere auch
1849 den Mittelstand zu stärken.

1850 Gleichzeitig ist klar: Freihandel und TTIP sind kein Selbstzweck! Wir stellen uns ent-
1851 schieden gegen jede Schwächung unserer Demokratie durch privatisierte Paralleljustiz
1852 – die Aufnahme von Investitionsschutzvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen
1853 lehnen wir daher ab. Stattdessen unterstützen wir die Einrichtung eines mit unabhän-
1854 gigen und staatlich finanzierten Berufungsrichtern besetzten internationalen Handels-
1855 gerichts. Dieses muss über eine Berufungsinstanz verfügen und dem Prinzip der Öff-
1856 fentlichkeit unterliegen. Auch dürfen Freihandelsabkommen nicht zu einer Absenkung
1857 unserer hohen europäischen Standards in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher-, Ar-
1858 beits- und Datenschutz führen. Weiter muss der Kultur- und Medienbereich grundsätz-
1859 lich von den Verhandlungen ausgenommen werden. Mit Blick auf die Daseinsvorsorge
1860 in unseren Kommunen werden wir keine direkten oder indirekten Zwänge zur Privati-
1861 sierung akzeptieren.

1862 Wir davon überzeugt, dass die Verhandlungen mit einem Höchstmaß an Transparenz
1863 geführt werden müssen, um den Sorgen und Befürchtungen vieler Bürgerinnen und
1864 Bürger angemessen zu begegnen. Mit der Einrichtung des TTIP-Beirates haben wir als
1865 Land bereits gehandelt und ermöglichen einen transparenten Dialog von Politik, Wirt-
1866 schaft und Zivilgesellschaft. Den gesellschaftlichen Diskurs über TTIP und weitere Frei-
1867 handelsabkommen werden wir auch zukünftig fördern.

1868 **Entwicklungszusammenarbeit stärken**

1869 Als starkes Land ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch international Verant-
1870 wortung übernehmen und Staaten in Entwicklungsprozessen begleiten. Dabei gilt heu-
1871 te mehr denn je: Die Entwicklungszusammenarbeit von heute bekämpft die Fluchtur-
1872 sachen von morgen. Entwicklungszusammenarbeit verstehen wir nicht als Domäne des
1873 Staates, sondern als Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Zivilgesellschaft. Unter die-
1874 ser Prämisse haben wir auch die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes entwi-
1875 ckelt. Als erste Landesregierung haben wir dabei über 1500 Bürgerinnen und Bürger
1876 und mehr als 120 Organisationen im Rahmen des Prozesses „Welt:Bürger gefragt“ be-
1877 teiligt. Mit Burundi pflegen wir eine enge Partnerschaft, die wir im neu geschaffenen
1878 Partnerschaftszentrum unter dem Dach der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
1879 gebündelt haben. Wir werden eine vergleichbare Partnerschaft mit der Region Dohuk
1880 im Nordirak schließen, um unseren Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu leis-
1881 ten. Ferner wollen wir das zivilgesellschaftliche Engagement in der Entwicklungszu-
1882 sammenarbeit stärken.

1883 **Baden-Württemberg: sicher und gerecht**

1884 Baden-Württemberg ist ein ausgesprochen sicheres Bundesland. Wir haben eine der
1885 niedrigsten Kriminalitätsraten deutschlandweit und belegen auch bei der Aufklä-
1886 rungsquote von Straftaten einen Spitzenplatz. Damit das so bleibt, haben wir Polizei
1887 und Verfassungsschutz gestärkt und neue Mittel für die Terrorbekämpfung bereitge-

1888 stellt. Für ein gerechtes Baden-Württemberg sorgen wir dafür, dass die Aufgaben der
1889 Justiz, Rechtspflege und des Strafvollzugs in staatlicher Hand bleiben.

1890 **Sicher in Baden-Württemberg – Polizeiarbeit stärken**

1891 Garant für die hohe Sicherheit im Land ist unsere Polizei mit ihren Beschäftigten, die
1892 Tag für Tag Außergewöhnliches leisten. Gleichzeitig befinden sich die Bedrohungen für
1893 unsere Sicherheit im Wandel. Ob neue Formen der Kriminalität oder der Bedarf an per-
1894 sonalintensiven Großeinsätzen – unsere Polizei steht vor ständig neuen Herausforde-
1895 rungen. Vor diesem Hintergrund haben wir eine umfangreiche Polizeistrukturereform
1896 durchgeführt und unsere Polizei zukunftsfähig aufgestellt. Wir haben zwölf leistungs-
1897 fähige Regionalpräsidien geschaffen, Hierarchien verschlankt und Kompetenzen ge-
1898 bündelt. Wir haben neue Stellen geschaffen, mehr Beamtinnen und Beamte für den
1899 Polizeidienst bereitgestellt, eine Einstellungsoffensive für die Jahre 2017 und 2018 auf
1900 den Weg gebracht und intensiv in die technische Ausstattung investiert. Wir wollen
1901 diesen Weg der Modernisierung von technischen Voraussetzungen kontinuierlich fort-
1902 setzen. Wir unterstützen eine bedarfsorientierte Beschaffung der Einsatz-, Kriminal-
1903 und Verkehrstechnik sowie eine Verstetigung der dafür erforderlichen Finanzmittel.

1904 Auch in Zukunft werden wir die Entwicklungsstrukturen innerhalb der Polizei weiter
1905 verbessern. Wir haben einen ersten Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn geschafft.
1906 Unser Ziel ist es, die zweigeteilte Laufbahn bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen.
1907 Um die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu reduzieren, wollen
1908 wir für die Polizei die BodyCam (Einsatz einer körpernah getragenen Kamera) einfüh-
1909 ren. Bei Demonstrationen oder anderen Großereignissen werden wir die anonymisierte
1910 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einführen. Beide
1911 Maßnahmen wollen gut vorbereitet sein. Als Partei der guten Arbeit werden wir die
1912 Umsetzung daher in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften gestalten.

1913 Ferner streben wir weiterhin die Einführung eines Ausbildungsberufes der/des Polizei-
1914 fachangestellten an und wollen die Stellenstruktur im polizeilichen Nichtvollzug opti-
1915 mieren. Wir behalten die Gesundheit der Beamtinnen und Beamten im Blick und wer-
1916 den das Gesundheitsmanagement bei der Polizei sowie die Vereinbarkeit von Beruf
1917 und Familie weiter verbessern, sodass Beamtinnen und Beamte den wachsenden Auf-
1918 gaben ihres anspruchsvollen Berufs dauerhaft gewachsen bleiben können.

1919 Wir sind davon überzeugt: Sei es im Hinblick auf Fremdsprachenkenntnisse oder das
1920 Gespür für unterschiedliche Mentalitäten – eine Polizei, die die Vielfalt unserer Gesell-
1921 schaft auch personell widerspiegelt, ist bürgernäher und leistungsfähiger. Deshalb wol-
1922 len wir weiterhin möglichst viele Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst
1923 gewinnen. Dafür haben wir die Nachwuchswerbung in einer Kooperation zwischen
1924 Innen- und Integrationsministerium intensiviert. Mit Erfolg: Aktuell haben über 20%
1925 der Polizei-Anwärterinnen und -Anwärter einen Migrationshintergrund – ein absoluter
1926 Spitzenwert in Deutschland. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die An-
1927 zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund dauerhaft auf hohem Niveau verste-
1928 tigen.

1929 **Terrorismus effektiv begegnen**

1930 Bei der Bekämpfung von Terror bewegen wir uns in einem Spannungsfeld zwischen
1931 Freiheit und Sicherheit. Gerade der Sozialdemokratie ist die Balance dieser beiden Wer-
1932 te sehr wichtig. Wir möchten diese nicht gegeneinander ausspielen und unsere Sicher-
1933 heitsstandards nachhaltig sichern. Hierbei kommt der Prävention eine besondere Be-
1934 deutung zu. Damit aus einer abstrakten Gefährdungslage keine konkrete Gefährdung
1935 wird, haben wir jeweils unmittelbar nach den Attentaten auf „Charlie Hebdo“ und den
1936 nachfolgenden erneuten Anschlägen in Paris zwei Maßnahmenpakete für die Bekämp-
1937 fung islamistischen Terrors verabschiedet. Insbesondere für eine bessere Beobachtung
1938 von Islamistinnen und Islamisten und zur Auswertung von Telekommunikationsdaten
1939 haben wir rund 200 neue Stellen bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz auf den Weg
1940 gebracht und investieren in eine bessere Ausstattung unserer Polizistinnen und Polizis-
1941 ten. Außerdem haben wir ein Kompetenzzentrum zur Prävention gegen islamistischen
1942 Extremismus gegründet.

1943 **Offensiv gegen Wohnungseinbrüche**

1944 Für Betroffene ist ein Einbruch immer ein besonderer Eingriff in die engste Privatsphäre
1945 mit langen Nachwirkungen. Deshalb haben wir zusammen mit dem Landeskriminal-
1946 amt eine Koordinierungsstelle zur offensiven Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen
1947 eingerichtet. Dabei setzen wir auf modernste Technologien und Methoden wie das so-
1948 genannte „predictive policing“. Mit Hilfe der Software „precops“ können die Beamtin-
1949 nen und Beamten Einbrüchen besser vorbeugen und die Bürgerinnen und Bürger vor
1950 Schaden bewahren. Auch in Zukunft werden wir uns für eine verstärkte Investition in
1951 operative und forensische Kriminaltechnik und Implementierung neuer Technologien
1952 unter dem Blickwinkel der Verbrechensbekämpfung einsetzen. Unser Offensivkonzept
1953 gegen Wohnungseinbruch, das dem Polizeivollzugsdienst u.a. 226 Personalstellen
1954 mehr als geplant zur Verfügung stellt, zeigt bereits erste Erfolge. Eine Trendumkehr
1955 zeichnet sich ab und die Aufklärungsquote steigt. Diesen Weg werden wir konsequent
1956 fortsetzen, damit Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer bleibt.

1957 **Sicher im Netz**

1958 Die Chancen der digitalen Welt nutzen und gleichzeitig die Risiken minimieren – das ist
1959 Ziel unserer Netzpolitik. Der rasante digitale Wandel hat weitreichende Auswirkungen
1960 auf unsere Gesellschaft. Sei es beim grenzüberschreitenden Einkauf im Internet, beim
1961 mobilen Zahlungsverkehr oder in sozialen Netzwerken – die Bürgerinnen und Bürger
1962 müssen wissen, welche Rechte sie haben, was mit ihren Daten passiert und wie sie die-
1963 ese im Netz besser schützen können. Um die Bürgerinnen und Bürger bei Einkäufen im
1964 Internet besser vor Abo-Fallen und anderem Missbrauch zu schützen, haben wir die
1965 sogenannte „Button-Lösung“ eingeführt. Damit haben wir neue Transparenz im Onli-
1966 ne-Handel geschaffen. Ferner haben wir unerbetene Telefonwerbung verboten und
1967 wichtige Erfolge im Kampf gegen missbräuchliche Abmahnungen erzielt. Wir werden
1968 die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Internet weiter stärken und Schutzlücken
1969 schließen.

1970 **Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen**

1971 Wir bekämpfen jede Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschen-
1972 feindlichkeit mit allen Mitteln des Rechtsstaates. Entsprechend haben wir uns im Land-
1973 tag dafür eingesetzt, einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Aktivitäten
1974 des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in Baden-Württemberg und der Um-
1975 stände des Mordes an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter einzusetzen. Diese wich-
1976 tige Aufklärungsarbeit wollen wir auch nach der Landtagswahl fortführen und uns für
1977 einen weiteren Untersuchungsausschuss einsetzen. Auf unsere Initiative hat der Land-
1978 tag ein neues Gremium zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfas-
1979 sungsschutzes eingesetzt und die Voraussetzungen für den Einsatz von V-Leuten ge-
1980 setzlich verankert. Das NPD-Verbotsverfahren wird von uns aktiv unterstützt.

1981 Auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingsaufnahme erleben wir eine Welle rechten
1982 Terrors in Deutschland. Schwere Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und fremden-
1983 feindliche Straftaten nehmen zu. Für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass ist
1984 kein Platz in Baden-Württemberg. Wir werden alles dafür tun, das Grundrecht auf Asyl
1985 zu verteidigen und die Asylsuchenden vor Übergriffen zu schützen. Neben den Mitteln
1986 der Strafverfolgung setzen wir auch auf gute Präventionsarbeit, um dem Rechtsextre-
1987 mismus den Nährboden zu entziehen. Wir werden daher das 2014 begonnene Landes-
1988 programm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
1989 verstetigen und unsere gute Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiati-
1990 ven intensivieren.

1991 **Öffentlicher Dienst: Rückgrat unseres Staates**

1992 Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat und Garant einer funktionierenden staatlichen
1993 Infrastruktur. Wir wertschätzen die Einsatzbereitschaft und das Engagement der Be-
1994 schäftigten im öffentlichen Dienst, die tagtäglich hervorragende Arbeit für unser Ge-
1995 meinwesen leisten. Auch in Zukunft werden wir den Gesprächsfaden mit dem Beam-
1996 tenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund nicht abreißen lassen und den part-
1997 nerschaftlichen Dialog intensivieren.

1998 Das Land als Arbeitgeber steht angesichts der demographischen Entwicklung, der gu-
1999 ten Konjunktur und des in einzelnen Branchen bestehenden Fachkräftemangels in
2000 starker Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern. Im Wettbewerb um qualifizierte Fach-
2001 kräfte und mit Blick auf die künftige Nachwuchsgewinnung werden wir weiter an der
2002 Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber arbeiten. Wir wollen die Rah-
2003 menbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Mitarbeiterinnen
2004 und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst weiter verbessern. Wir werden dafür Sorge tra-
2005 gen, dass der öffentliche Dienst seine Anziehungs- und Bindekraft für junge Menschen
2006 behält und motivierten und engagierten Nachwuchskräften auch weiterhin interessan-
2007 te Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Mit der SPD wird es keine
2008 strukturellen Einschnitte bei den Versorgungsleistungen geben. Die Absenkung der
2009 Eingangsbesoldung werden wir zurücknehmen. Für die kommende Legislaturperiode
2010 streben wir an, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung zu
2011 schließen.

2012 **Justiz ist eine staatliche Aufgabe**

2013 Gerade im Bereich der Justiz tritt der Staat als Träger von Hoheitsrechten auf und hat
2014 daher eine besondere Verantwortung. Die Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf Pri-
2015 vate lehnt die SPD ab. Deshalb haben wir die von der Vorgängerregierung beschlosse-
2016 ne Teilprivatisierung der JVA Offenburg zurückgenommen und den Forderungseinzug
2017 durch eine private Firma beendet und wieder der Landesoberkasse übertragen. Diesen
2018 Weg werden wir fortsetzen und in den kommenden fünf Jahren insbesondere auch die
2019 Gerichts- und Bewährungshilfe wieder in staatliche Obhut zurückführen. Investor-
2020 Staat-Schiedsgerichte im Sinne von Freihandelsabkommen lehnen wir ab. Darüber hin-
2021 aus stehen wir für den Erhalt einer flächendeckenden Struktur von Einrichtungen der
2022 Justiz.

2023 **Eine moderne und soziale Justiz**

2024 Die Justiz kann nur dann zum Rechtsfrieden beitragen, wenn sie von den Menschen
2025 akzeptiert wird und zeitgemäß mit ihnen interagiert. Wir wollen eine Justiz, die mo-
2026 dern und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Das heißt,
2027 elektronische Kommunikationsmittel sollen eine größere Rolle spielen. Deshalb haben
2028 wir die so genannte „eJustice“ weiterentwickelt und machen unsere Justiz so zum
2029 kompetenten Ansprechpartner auch im Netz.

2030 Den eingeschlagenen Weg der Modernisierung werden wir in der kommenden Legisla-
2031 turperiode fortsetzen. Dafür werden wir die elektronische Akte einführen, die den Bür-
2032 gerinnen und Bürgern die Kommunikation mit der Justiz weiter erleichtert. Neben der
2033 Weiterentwicklung von eJustice sorgen wir dafür, dass die Justiz im „richtigen Leben“
2034 der Ansprechpartner vor Ort bleibt und werden die kleinen Amtsgerichte erhalten.

2035 **Jugendkriminalität verhindern – Jungen Menschen helfen**

2036 Eine der zentralen Aufgaben unserer Justiz in Baden-Württemberg ist es, sich beson-
2037 ders um die jungen Menschen zu kümmern, die drohen, dauerhaft auf „die schiefe
2038 Bahn“ zu geraten. Wir wollen die Verstetigung „krimineller Karrieren“ verhindern. Da-
2039 für setzen wir im Umgang mit jugendlichen Straftätern auf Prävention und gute Sozi-
2040 alarbeit. Wir haben die „Häuser des Jugendrechts“ in Baden-Württemberg erweitert
2041 und ausgebaut. Dort arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei und Sozialbehörden Hand in
2042 Hand mit den Jugendlichen, um diese zu stärken. Auch im Jugendstrafvollzug des Lan-
2043 des und im Jugendarrest stärken wir die Jugendlichen mit einem Wohngruppenkon-
2044 zept und sozialem Training beim sogenannten „Warnschussarrest“. In Zusammenar-
2045 beit mit dem Kultusministerium wurde die schulische Bildung sowie die Aus- und Wei-
2046 terbildung in den Justizvollzugsanstalten modernisiert. Grundsätzlich ist uns wichtig,
2047 dass wir den Jugendstrafvollzug in freien Formen als Alternative zum Gefängnis verste-
2048 tigen. In der nächsten Legislaturperiode setzen wir uns für einen flächendeckenden
2049 Ausbau weiterer Häuser des Jugendrechts ein. Die Justizvollzugseinrichtungen werden
2050 wir modernisieren und insbesondere die Therapie- und Arbeitseinrichtungen verbes-
2051 sern.

2052 **Verbesserungen im Strafvollzug**

2053 Der Justizvollzug muss sicher bleiben. Im Hinblick auf das bestürzende Ereignis in der
2054 JVA Bruchsal im August 2014 wurde auf Initiative des SPD-Justizministers eine Exper-
2055 tenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen eingesetzt, die
2056 wertvolle Handlungsempfehlungen gegeben hat, um den Justizvollzug in Baden-
2057 Württemberg für die wachsenden Herausforderungen gut aufzustellen. 2015 wurde
2058 bereits ein erstes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Ausgehend von diesen
2059 Empfehlungen werden wir uns dafür stark machen, auch die weiteren notwendigen
2060 strukturellen Verbesserungen schrittweise umzusetzen.

2061 **Beteiligung leben**

2062 Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet
2063 mehr als nur wählen zu gehen. Wir stehen für einen neuen Politikstil, der die Menschen
2064 mitnimmt, anstatt Politik von oben herab zu diktieren. Deshalb wollen wir den Bürge-
2065 rinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, sich mit ihren Anliegen in die Landes-
2066 politik einzubringen.

2067 **Mehr Demokratie wagen**

2068 Wir sind davon überzeugt, dass mehr direkte Demokratie unsere politische Kultur in
2069 Baden-Württemberg bereichert. Wir sind angetreten, Baden-Württemberg zum Mus-
2070 terland für direkte Demokratie weiterzuentwickeln. Mit einer Änderung der Landesver-
2071 fassung haben wir den Volksantrag eingeführt und Unterschriftenzahl für Volksbegeh-
2072 ren gesenkt. So können die Bürgerinnen und Bürger umfassender an der politischen
2073 Willensbildung und an staatlichen Entscheidungen mitwirken. Es genügen nun ein
2074 Sechstel der Unterschriften aller Wahlbeteiligten Baden-Württembergs für ein Volks-
2075 begehren. Auch die Quoren für kommunale Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und
2076 eine Auflösung des Landtags wurden gesenkt. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt,
2077 dass schon ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen gewählt werden darf. Wir werden unse-
2078 ren Weg der lebendigen Bürgerbeteiligung auch in Zukunft fortsetzen. Deshalb treten
2079 wir dafür ein, das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken und das kom-
2080 munale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einzuführen. Um die direkte Beteiligung
2081 der Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene der Landkreise ausbauen, werden wir die
2082 Direktwahl der Landrätinnen und Landräte einführen.

2083 Die SPD setzt sich für die paritätische Besetzung von Parlamenten auf allen Ebenen ein.
2084 Mit der Änderung des Kommunalwahlrechts haben wir einen ersten Schritt in diese
2085 Richtung unternommen. Die Analyse der Kommunalwahl zeigt jedoch, dass ein Appell
2086 nicht ausreicht, um Parität der Geschlechter in den Parlamenten zu erreichen. Wir stre-
2087 ben deshalb an, das Kommunalwahlrecht erneut anzupassen, um aus der bisherigen
2088 „kann“-Vorschrift eine gesetzlich verbindliche Vorgabe zu machen. Auch setzen wir uns
2089 für die Änderung des Landtagswahlrechts ein, um den Frauenanteil im Landtag zu er-
2090 höhen und die strukturelle Benachteiligung von Wahlkreisen zu beenden. Wie bei der
2091 Bundestagswahl werden wir daher ein Listenwahlrecht mit zwei Stimmen einführen.

2092 **Moderne Verwaltung**

2093 Ein Mehr an Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie muss auch mit einem Mehr an
2094 moderner Verwaltung einhergehen, um die Interaktion zwischen Bürgerinnen und
2095 Bürgern und dem Land zu erleichtern. Wir haben die Verwaltung in Baden-
2096 Württemberg modernisiert und sowohl mehr „Open Government“ – also mehr Trans-
2097parenz – als auch mehr „E-Government“ – also eine moderne, digitale Kommunikation
2098 mit staatlichen Stellen – verwirklicht. Das neu initiierte „Beteiligungsportal BW“ er-
2099 möglicht den Bürgerinnen und Bürgern die unkomplizierte Teilnahme an der politi-
2100 schen Willensbildung. Mit dem Ausbau der E-Government-Strukturen sorgen wir dafür,
2101 dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Verwaltungsangelegenheiten einfa-
2102 cher online erledigen können. Dabei haben wir unsere Verwaltung nicht nur bürgernä-
2103 her gemacht, sondern auch in erheblichem Umfang Bürokratie abgebaut und den
2104 Haushalt entlastet.

2105 Den Weg der umfassenden Modernisierung der Landesverwaltung werden wir in der
2106 kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Wir wollen das Beteiligungsportal BW aus-
2107 bauen und „Open Government“ wie auch „E-Government“ Strukturen stärken. Damit
2108 werden wir den Bürokratieabbau weiter vorantreiben.

2109 **Mobilitätsland Baden-Württemberg**

2110 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Baden-
2111 Württemberg braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für seine Menschen
2112 und seine Wirtschaft. Darum haben wir den Sanierungsstau der Vorgängerregierung
2113 beendet und investieren kräftig in den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur. Wir
2114 bauen den öffentlichen Personennahverkehr, die Schieneninfrastruktur im Land und
2115 das Radwegenetz aus und schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für „shared-
2116 space“. Gleichzeitig fördern wir eine bessere Vernetzung von Raum- und Verkehrspla-
2117 nung, um dadurch einerseits Staus und andererseits die Landschaftszersiedelung ein-
2118 zudämmen.

2119 **Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur**

2120 Gerade im ländlichen Raum ist eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur Vorausset-
2121 zung für Mobilität und eine funktionierende Wirtschaft. Zu oft wurde der Verfall von
2122 Infrastruktur von den Vorgängerregierungen billigend in Kauf genommen und damit
2123 Landesvermögen vernichtet. Diese verfehlte Sparpolitik haben wir beendet und die Er-
2124 haltungsmittel für Landesstraßen und Brücken verdreifacht. Darüber hinaus haben wir
2125 ein Lückenschlussprogramm zur Beseitigung von Lücken im Landesstraßennetz aufge-
2126 legt.

2127 In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Sanierung und den Aus- und Neu-
2128 bau von Landesstraßen weiter vorantreiben. Mit Blick auf die Umfahrung sensibler Be-
2129 reiche und die Erhöhung von Kapazitäten ist der bedachte und gut koordinierte Ausbau
2130 des Straßenverkehrsnetzes weiterhin sinnvoll und notwendig. Hierfür sowie für den
2131 Ausbau von Bundesfernstraßen brauchen wir eine leistungsfähige Straßenbauverwal-
2132 tung. Deshalb haben wir das Stellenabbauprogramm der Vorgängerregierungen been-
2133 det und wieder neue Stellen geschaffen. Organisatorische Veränderungen in der Stra-

2134 ßenbauverwaltung werden wir auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten anstre-
2135 ben.

2136 **Mehr Busse und Bahnen**

2137 Auch ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) schafft Mobilität
2138 und verringert zudem gerade in den Ballungszentren die Belastung für Mensch und
2139 Umwelt durch Staus, Lärm, Feinstaub und Stickoxid. Busse und Bahnen sind dabei Ga-
2140 ranten für eine umweltfreundliche Mobilität. Deshalb haben wir die Förderung im Lan-
2141 desgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) neu justiert, entbürokratisiert und
2142 verstärkt auf den Umweltverbund ausgerichtet. Ferner haben wir uns zum Ziel gesetzt,
2143 die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter zu verbessern. Aber nicht überall sind Busse und
2144 Bahnen das beste Angebot vor Ort. Deshalb haben wir die Unterstützung über den
2145 klassischen ÖPNV hinaus erweitert und die Förderung von neuen Angeboten wie z.B.
2146 von Bürgerbussen institutionalisiert.

2147 In der kommenden Legislaturperiode werden wir den ÖPNV im Land sowohl bei der
2148 Infrastruktur als auch beim Angebot weiter ausbauen, damit in Zukunft noch mehr
2149 Menschen Busse und Bahnen nutzen. Unser Ziel sind moderne Regionalzüge mit zeit-
2150 gemäßer Ausstattung in einem attraktiven Takt. Über 450 Mio. Euro Landesmittel sind
2151 schon jetzt in den kommenden Haushaltsjahren abgesichert, damit das Land seinen
2152 Anteil an Projekten von Kommunen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)
2153 finanzieren kann, falls der Bund diese Projekte bewilligen sollte. Nachdem die Zukunft
2154 des GVFG über 2019 hinaus gesichert ist, wird das Land weitere Projekte über die bisher
2155 beschlossenen hinaus anteilig mit fördern. Wir kämpfen dafür, dass der Bund weiterhin
2156 zu seiner Finanzierungsverantwortung für die sogenannten Entflechtungsmittel steht,
2157 damit auch der Infrastrukturausbau über das LGVFG fortgesetzt werden kann.

2158 Insbesondere die Vernetzung verschiedener Verkehrsträger wollen wir fördern. Der
2159 PKW, Busse und Bahnen, Carsharing und E-Bikes sind keine Gegensätze, sondern Fort-
2160 bewegungsmittel, die künftig sinnvoll verknüpft werden müssen. Wir streben eine Re-
2161 form der ÖPNV-Finanzierung an, die den Bedürfnissen der Ballungsräume und dem
2162 ländlichen Raum gleichermaßen gerecht wird und die mittelständischen Busunter-
2163 nehmen im Land mitnimmt. Das Land hat mit 21 Verkehrsverbänden bundesweit die
2164 meisten Verkehrsverbände. Diese Zahl sollte mit Ablauf der jetzigen Förderperiode
2165 2018 verringert werden. Das spart Verwaltungskosten und Schnittstellen, sorgt für
2166 übersichtlichere Strukturen, ermöglicht mehr Leistung für das gleiche Geld und erleich-
2167 tert innovative Projekte.

2168 **Modernisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur**

2169 Die Modernisierung der Schieneninfrastruktur ist eine wichtige Zukunftsinvestition.
2170 Seit 2011 treiben wir den Ausbau der Eisenbahnstrecken in Baden-Württemberg konse-
2171 quent voran. Dies gilt für die Rheintalbahn von Mannheim bis Basel, wo wir zum
2172 Schutz von Mensch und Umwelt kommunale Forderungen nach Tunnelstrecken und
2173 Lärmschutz unterstützen. Ebenso kämpfen wir für die Elektrifizierung der Südbahn und
2174 den Ausbau der Gäubahn sowie der Allgäubahn. Stuttgart 21 und den Bau der Neubau-
2175 strecke Wendlingen-Ulm unterstützen wir weiterhin. Zudem streben wir mittelfristig

2176 eine flächendeckende Elektrifizierung aller Zugstrecken in Baden-Württemberg an. Das
2177 Land unterstützt auch in Zukunft die Modernisierung der Infrastruktur von nicht-
2178 bundeseigenen Nebenbahnen.

2179 **Radverkehr**

2180 Um den Radverkehr zu fördern, haben wir einen eigenständigen Haushaltstitel für den
2181 Radwegebau eingerichtet und die Mittel deutlich erhöht. Zudem werden kommunale
2182 Radwege mit 50% über das LGVFG gefördert. Unser Ziel ist ein gut ausgebautes, lücken-
2183 frei vernetztes und beschildertes Radwegenetz in Baden-Württemberg.

2184 **Güter von der Straße auf die Schiene und auf's Schiff**

2185 Wir wollen mehr Verkehr und Güter von der Straße auf die Schiene bringen. Um den
2186 kombinierten Verkehr zu fördern werden wir ein Güterverkehrskonzept erstellen und
2187 umsetzen. Im Gegensatz zu den anderen Verkehrsinfrastrukturen sind auf den Bin-
2188 nenwasserstraßen in Baden-Württemberg noch erhebliche Kapazitätssteigerungen
2189 möglich. Wir werden deshalb auch weiterhin beim Bund den zügigen Ausbau der Ne-
2190 ckarschleusen von Mannheim bis Plochingen für moderne 135 Meter-Schiffe einfordern,
2191 damit mehr Güter auf der Wasserstraße Neckar unterwegs sein können.

2192 **Flughäfen**

2193 Wir haben die Förderung des Luftverkehrs marktkonform gestaltet und die Arbeitsbe-
2194 dingungen, Umweltschutz- und Lärmauflagen an den Flughäfen verbessert. Schnelle
2195 Schienenverbindungen machen Kurzstreckenflüge überflüssig. Das zeigt zum Beispiel
2196 die TGV-Verbindung Stuttgart-Paris. Wir engagieren uns im Interesse der südbadischen
2197 Grenzregion für eine deutliche Beschränkung der Flugverkehrsbelastung entlang des
2198 Hochrheins durch den Züricher Flughafen. Daher unterstützen wir die Positionen der
2199 „Stuttgarter Erklärung“.

2200 **Innovation und Klimaschutz durch saubere Energien**

2201 Unser Ziel ist die ökologische Erneuerung der Energieversorgung. Wir bringen die Ener-
2202 giewende in Baden-Württemberg voran und bauen die erneuerbaren Energien im Land
2203 weiter aus. Das ist notwendig für den Schutz unseres Klimas und zugleich wirtschaft-
2204 lich sinnvoll: Wir stoßen Innovationen an und schaffen neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig
2205 gewährleisten wir Versorgungssicherheit und gestalten diesen Wandel sozial gerecht,
2206 damit Energie für alle bezahlbar bleibt.

2207 **Erneuerbare Energien ausbauen**

2208 Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Land kommt gut voran. Das schafft Arbeits-
2209 plätze, denn besonders viele Firmen und Zulieferer der Wind- und Solarindustrie haben
2210 ihren Sitz in Baden-Württemberg. Mit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes
2211 haben wir die jahrelange Blockade der Windenergie in Baden-Württemberg aufgehoben,
2212 sodass nun hunderte Windkraftanlagen im Land geplant und gebaut werden. Mit
2213 einer Vielzahl von Fördermaßnahmen und Pilotprojekten – beispielsweise Batteriefors-
2214 chung zur Speicherung von Wind- und Solarenergie – bringen wir den Ausbau der er-
2215 neuerbaren Energien weiter voran.

2216 Mit uns bleibt Baden-Württemberg Musterland für den ökologischen Fortschritt. Wir
2217 streben einen schrittweisen Ersatz der Atomenergie und dann des Kohlestroms an, so-
2218 dass 80 Prozent unserer Energie bis 2050 auf Basis regenerativer Energien erzeugt wird.
2219 Dafür werden wir den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind- und
2220 Solarenergie sowie die Nutzung der Erdwärme weiter vorantreiben.

2221 **Versorgungssicherheit gewährleisten und Energie bezahlbar halten**

2222 Der steigende Anteil erneuerbarer Energien stellt neue Anforderungen an die Energie-
2223 bereitstellung. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, fördern wir neben dem
2224 Leitungsausbau innovative Projekte zur Energiespeicherung und intelligenten Netzen.

2225 Diesen Weg werden wir in den kommenden fünf Jahren fortsetzen und das Leitungs-
2226 netz auf allen Ebenen ausbauen. Die Förderung innovativer Speichertechnologien und
2227 intelligenter Netze werden wir weiter intensivieren. Um Energie für alle bezahlbar und
2228 die Strompreise stabil zu halten, wollen wir Überförderungen vermeiden. Auch das
2229 Vorhalten vor allem alter Kraftwerke als Reservekapazität dient diesem Ziel, denn es
2230 sorgt für die nötige Versorgungssicherheit. Deshalb unterstützen wir die Ziele der Bun-
2231 desregierung, den Strommarkt neu zu regeln, um die notwendigen Investitionen in
2232 neue flexible Kraftwerke, Lastmanagement und den Bau neuer Energiespeicher wieder
2233 wirtschaftlich zu machen.

2234 **Den Klimaschutz weiter voranbringen**

2235 Dem Klimawandel muss vor allem durch eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes begeg-
2236 net werden. Um dies zu erreichen, haben wir das Klimaschutzgesetz auf den Weg ge-
2237 gebracht und unsere Klimaziele damit als zweites Bundesland überhaupt gesetzlich ver-
2238 ankert. Darüber hinaus haben wir zahlreiche Pilotprojekte und Fördermaßnahmen für
2239 den Klimaschutz initiiert – von der Energiesparberatung über die energetische Sanie-
2240 rung der Landesliegenschaften bis hin zum Moorschutz. Die Mittel für den Hochwas-
2241 serschutz haben wir verdoppelt und beugen so schweren, Klimawandel bedingten
2242 Hochwasserereignissen besser vor.

2243 Wir setzen auch in Zukunft auf die ökologische Erneuerung und halten an unseren ehr-
2244 geizigen Zielen fest: Mit der SPD wird Baden-Württemberg seinen CO₂-Ausstoß bis
2245 2050 um 90 Prozent und den Energieverbrauch um 50 Prozent senken.

2246 **Umwelt- und Naturschutz stärken**

2247 Sauberes Wasser und gesunder Boden sind Lebensgrundlage unserer und künftiger
2248 Generationen. Wir werden deshalb weiterhin die Altlastsanierung vorantreiben und
2249 den Grundwasserschutz verstärken. Wir haben den Naturschutz im Land verbessert
2250 und die entsprechenden Mittel im Landeshaushalt erhöht. Mit dem Nationalpark
2251 Schwarzwald haben wir den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg überhaupt
2252 geschaffen. Im Südschwarzwald unterstützen wir die Entwicklung eines zweiten Bio-
2253 sphärengebietes und bringen Natur, Landschaft, Wirtschaft und Lebensqualität weiter
2254 zusammen. Wir wollen die vorhandenen Schutzgebiete im Land weiterentwickeln, da-
2255 mit diese ihre Funktion für Natur, Landschaft und Tourismus optimal erfüllen können.
2256 Unsere Wälder sollen nachhaltig und naturnah bewirtschaftet werden, sodass diese
2257 zugleich Naturraum, Energie- und Rohstofflieferant sein können. Den Biotopverbund

2258 werden wir weiterentwickeln und unsere Moore wirksam schützen. Mittelfristig wollen
2259 wir mehr Fließgewässer in einen naturnahen Zustand versetzen. Zudem werden wir
2260 verstärkt Naturschutzzentren für eine gute Umweltbildung nutzen und die vorhandene
2261 Umweltbildung ausbauen. Am modernsten Jagdrecht in Europa halten wir fest.

2262 **Landwirtschaft stärken**

2263 Unsere Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist unverzichtbar. Land- und Forstwirtschaft
2264 sind ein wesentlicher Faktor der Wirtschaft im ländlichen Raum. Sie erzeugen
2265 Lebensmittel, Bau- und Rohstoffe, und tragen zum Erhalt der Kulturlandschaft bei. Zu-
2266 dem leisten sie mit Biogas und Energieholz einen wichtigen Beitrag für den Klima- und
2267 Ressourcenschutz. Wir sichern die Zukunft der konventionellen und ökologischen
2268 Landwirtschaft – mit fairen Rahmenbedingungen und guten Förderprogrammen. Den
2269 ökologischen Landbau wollen wir weiterhin so fördern, dass er zunimmt. Nur so kann
2270 dieser die steigende Nachfrage auch aus heimischem Anbau bedienen. Durch Förde-
2271 rung regionaler und lokaler Vermarktung und ökologischen Landbaus bringen wir Ver-
2272 braucherseite und Erzeuger enger zueinander. Weiter haben wir die Forschung und
2273 Beratung für den Biolandbau gestärkt und die Mittel für Landschaftspflege und Ver-
2274 tragsnaturschutz mehr als verdoppelt.

2275 Durch eine fachgerechte Beratung und eine professionelle Förderung wollen wir die
2276 gesamte Landwirtschaft im Land auch in Zukunft in dem sich weiter globalisierenden
2277 Markt begleiten. Bei allen Regulierungen – insbesondere bei der anstehenden Weiter-
2278 entwicklung der Düngeverordnung – werden wir sowohl die wirtschaftlichen Bedürf-
2279 nisse der Landwirtschaft als auch den Umweltschutz berücksichtigen.

2280 **Verlässlicher Verbraucherschutz**

2281 Die SPD steht für starke Verbraucherrechte, Information und Transparenz. Wir wollen
2282 Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, bewusste Kaufentscheidun-
2283 gen zu treffen und den Markt mit ihrem Konsumverhalten mitzugestalten.

2284 **Keine Absenkung von Standards**

2285 Unser Verbraucherschutz setzt hohe Standards, die sich bewährt haben. Für die SPD
2286 sind diese in Freihandelsabkommen nicht verhandelbar. Deshalb haben wir uns im
2287 Bundesrat klar gegen jede Absenkung unserer hohen Umwelt-, Hygiene- und Verbrau-
2288 cherschutzstandards positioniert. Auch in den kommenden Jahren werden wir all unse-
2289 re Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, damit unsere Standards
2290 nicht abgesenkt und in Zukunft weiter politisch gestaltet werden können.

2291 **Leistungsfähige Beratungsinfrastruktur**

2292 Vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexen Konsumgesellschaft steigt der Be-
2293 darf nach unabhängiger und verlässlicher Beratung. Ob Lebensmittel, Versicherungen
2294 oder Baufinanzierung – Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Infor-
2295 mation und Schutz vor gesundheitlichem und wirtschaftlichem Schaden. Wir haben die
2296 Beratungsinfrastruktur für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-
2297 Württemberg ausgebaut und die Fördermittel für die Verbraucherzentrale erhöht. Zu-
2298 dem haben wir die themenspezifischen Informations- und Bildungsangebote des Lan-

2299 des erweitert. Für die kommende Legislaturperiode werden wir die Verbraucherzentra-
2300 le in Baden-Württemberg finanziell stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbau-
2301 en.

2302 **Keine Gentechnik in Baden-Württemberg**

2303 Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg lehnt gentechnisch
2304 veränderte Lebensmittel völlig zu recht ab. Sowohl die gesundheitlichen als auch die
2305 ökologischen Folgen sind mehr als ungewiss. Wir setzen uns konsequent dafür ein, den
2306 Anbau von ökologisch veränderten Organismen im Land zu verhindern, um Verbrau-
2307 cher und Umwelt vor den Risiken der Grünen Gentechnik zu schützen. Deshalb ist Ba-
2308 den-Württemberg seit 2012 Mitglied im europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regi-
2309 onen. Mit dem Naturschutzgesetz haben wir den Anbau gentechnisch veränderter
2310 Pflanzen zusätzlich erschwert. Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, gen-
2311 technisch veränderte Organismen aus unserer Landwirtschaft und Umwelt fernzuhal-
2312 ten. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass das Klonen von Tieren zur Nah-
2313 rungsmittelproduktion in Deutschland verboten wird.

2314 **Wirksame Lebens- und Futtermittelüberwachung**

2315 Diverse Lebensmittelskandale in der Vergangenheit haben gezeigt: Um Lebensmittel-
2316 betrug zu bekämpfen, sind effektive staatliche Kontrollen unerlässlich. Deshalb haben
2317 wir die massiven personellen Defizite im Bereich der Lebens- und Futtermittelüberwa-
2318 chung abgebaut und die finanzielle Ausstattung der landeseigenen Überwachungsinsti-
2319 tute verbessert. Diesen Weg werden wir fortsetzen und Lebens- und Futtermittel-
2320 überwachung in den kommenden Jahren personell stärken. Die Überwachungsinstitute
2321 werden wir weiter modernisieren und Schritt für Schritt auf den neusten Stand der
2322 Technik bringen.

2323 **Für unser modernes und gerechtes Baden-Württemberg**

2324 Wir möchten, dass die Menschen in unserem Land die Heimat finden, die sie sich für
2325 sich und ihre Familie wünschen. Dazu zählt gute Arbeit, eine gute und gerechte Bil-
2326 dungslandschaft und Zeit für Familie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
2327 wissen, dass Baden-Württemberg vielfältig und bunt ist. Dass manche Urbanität su-
2328 chen und andere auf dem Land leben wollen. Dass sich Lebensstile und Lebensweisen
2329 unterscheiden. Dass auch Städte und Gemeinden ganz neue und unterschiedliche We-
2330 ge gehen, um für ihre Bürgerinnen und Bürger Heimat zu bieten.

2331 Wir begreifen es als unsere Aufgabe, die Verwirklichung dieser individuellen Vorstel-
2332 lungen zu ermöglichen und gleichzeitig für Zusammenhalt in unserem Land zu sorgen.
2333 Für dieses moderne und gerechte Baden-Württemberg werden wir in den Wochen bis
2334 zum 13. März gemeinsam kämpfen.